

Heiko Biehl

**Wendepunkt Kosovo?
Sicherheitspolitische Einstellungen in
den alten und neuen Ländern**

Strausberg, Mai 2001

Kurzfassung

Das militärische Eingreifen der NATO in den Kosovo-Konflikt wurde im Jahr 1999 von der Mehrheit der westdeutschen Bürger unterstützt und von der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung abgelehnt. Ausgehend von diesem Befund arbeitet die vorliegende Studie heraus, dass diese abweichenden Haltungen keinen nur punktuellen Charakter besitzen, sondern grundlegende Unterschiede im außen- und sicherheitspolitischen Meinungsbild der Bürger in den alten und neuen Ländern bestehen.

So kann die Untersuchung nachweisen, dass seit dem Kosovo-Konflikt die diesbezüglichen Einstellungen der Ost- und Westdeutschen auseinanderdriften. Dabei handelt es sich nicht um ein durch unterschiedliche Sozialisationen bedingtes Phänomen. Vielmehr weisen auch die Jugendlichen in beiden Landesteilen ein abweichendes Meinungsbild zu außen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen auf.

Will man die bestehenden Differenzen in mittel- und langfristiger Perspektive überwinden, ist es notwendig, diese zunächst einmal als politisches Problem anzuerkennen und offen zu thematisieren. In der Außendarstellung der Streitkräfte sollte darüber stärker betont werden, dass die Bundeswehr eine Bündnis-Armee ist, wie sowohl die international geprägten Einsätze, die vielfältigen organisatorischen Verflechtungen wie auch die multinationalen Kooperationen nachdrücklich belegen.

Summary

NATO's military intervention in the Kosovo conflict in 1999 was supported by the majority of the West German citizens, whereas the majority of the East German population disapproved of it. This study, which is based on this observation, shows that these different attitudes are not limited to certain points, but that there are fundamental differences between the public perception of foreign and security policy in the former East German states and the former West German states.

The study proves that the views of the East Germans and the West Germans on these issues have been drifting apart since the Kosovo conflict. This is not a phenomenon caused by different socialization. The young people in both parts of the country also hold different views on foreign and security policy issues.

To overcome the current differences in the medium and long term, it is necessary to accept them as a political problem and to openly discuss them as a central theme. When representing the armed forces to the public, one should also emphasize more strongly that the Bundeswehr is an alliance army, as the participation in international missions, the involvement in various organizational networks and the multinational cooperation clearly show.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Bevölkerungseinstellungen als politische Ressource	7
3	Datenbasis	10
4	Das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zu den Balkaneinsätzen der Bundeswehr	10
5	Außenpolitische Konzeptionen und sicherheitspolitische Instrumente	16
6	Woher kommen die Einstellungsdifferenzen von Ost- und Westdeutschen und wie ist ihnen entgegenzuwirken?	25
7	Sicherheitspolitische Einstellungen von Jugendlichen aus den alten und neuen Ländern	28
8	Schluss	36
9	Literatur	37
	Anlage	41
	Autor	42

1 Einleitung

Ost- und Westdeutsche sind nicht gleich. Dieses Fazit gilt auch noch zehn Jahre nach der staatlichen Vereinigung, jedenfalls dann, wenn sozialwissenschaftliche Maßstäbe an die Einstellungen und Verhaltensweisen der Deutschen angelegt werden. Dies ist in der letzten Dekade auch häufig genug geschehen. Die Untersuchungen aus Politikwissenschaft, Soziologie, Psychologie und verwandten Disziplinen, die die Landsleute aus den alten und neuen Bundesländern miteinander vergleichen, sind Legion. Betrachtet man die bisherigen Studien zu den bestehenden Einstellungs- und Meinungsbildern, so kann man zweierlei festhalten: Einerseits sind die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger aus Ost- und Westdeutschland in weiten Bereichen noch verschieden, andererseits gleichen sie sich aber im zeitlichen Verlauf einander an (Juhász 2000: 355). Dies mag zwar langsamer geschehen, als es viele erhofft oder erwartet haben, aber immerhin scheint mittlerweile eine gewisse Kongruenz feststellbar. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Untersuchungen zu politischen Einstellungs- und Verhaltensformen meist auf gewisse – aus theoretischer wie praktischer Sicht auch vordringliche – Gebiete konzentriert sind. So erhebt die Wahlforschung seit 1990 permanent Daten, um dem abweichenden Wahlverhalten der Ostdeutschen und den Ursachen des stetig hohen PDS-Stimmenanteils in den neuen Ländern auf die Spur zu kommen (Falter/Klein 1994; Arzheimer/Klein 1998; Pollack/Pickel 2000). Die politische Soziologie verfolgt die Frage, ob das politische System und seine zentralen Institutionen auch in Ostdeutschland auf hinreichende Akzeptanz stoßen (Fuchs/Roller/Weßels 1997; Holtmann 2000). Parallel dazu interessiert, welche wirtschaftlichen und sozialstaatlichen Ordnungsvorstellungen in den beiden Landesteilen präferiert werden (Roller 1994; Fuchs 1998; Ahbe/Gibas 2001). Ein Gebiet, dem hingegen bislang geringere Aufmerksamkeit zukam, – und dies gilt nicht nur mit Blick auf die ost-westdeutschen Analysen, sondern für die politische Soziologie insgesamt – ist der Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Ursache hierfür wird zunächst mit Hinweis auf das limitierte Interesse an und den begrenzten Kenntnisstand der Bürger zu diesem Themenbereich erklärt.¹ Korte (2001: 12)

¹ In der SOWI-Bevölkerungsumfrage aus dem Jahr 1997 wird das Interesse der Bürger an verschiedenen Politikfeldern erhoben. Dabei zeigt sich, dass sozial-, innen- und wirtschaftspolitische Thematiken die Bevölkerung am stärksten bewegen. Das Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen steht dahinter zurück. Lediglich der Kulturpolitik wird eine noch geringere Aufmerksamkeit zuteil (siehe Anlage).

folgert daraus, dass sich entsprechende Haltungen und Meinungen nicht unbedingt im politischen Verhalten, etwa in Wahlen, niederschlagen. Selbst wenn diese Vermutung zutrifft, ist nicht auszuschließen, dass von Zeit zu Zeit eben doch außen- und sicherheitspolitische Themen die politische Agenda dominieren. Nicht zuletzt zeigte sich dies während des Kosovo-Krieges. Die überwältigende Bedeutung dieses Ereignisses für die deutsche Politik und Öffentlichkeit erschließt sich aus der Tatsache, dass die Beteiligung der Bundeswehr an den NATO-Luftschlägen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien der erste Kampfeinsatz deutscher Streitkräfte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war. Damit kam in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ein sich über nahezu ein Jahrzehnt hinziehender Kurswechsel zu seinem vorläufigen Ende, wie er radikaler kaum denkbar ist. Quasi als ein Nebeneffekt wies der Kosovo-Konflikt auch auf einen innerdeutschen Gegensatz hin, der bisher sowohl in der Politik wie auch in der Wissenschaft beflissentlich übersehen wurde: Die Einstellungsdivergenzen zwischen den Bürgern aus den alten und neuen Ländern im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik.²

Konkretisiert haben sich diese Differenzen an der Frage, ob die politische Entscheidung zur Teilnahme der Bundeswehr an den NATO-Aktionen richtig war. Während in den alten Ländern eine knappe Mehrheit der Bevölkerung den Kurs der Bundesregierung unterstützte, lehnte eine deutliche Mehrheit in den neuen Ländern das deutsche Vorgehen ab. Genauere Untersuchungen ergaben, dass dieser Riss auch quer durch die Anhängerschaften der Parteien in beiden Landesteilen verlief (Köcher 1999: 5–7). Die Tatsache, dass der Kosovo-Konflikt bislang keinen größeren Niederschlag in der politischen Landschaft der Bundesrepublik hinterließ, ist wohl auf zwei Umstände zurückzuführen: Zum einen bildeten SPD und Bündnisgrüne die Regierung und trugen dadurch die Verantwortung für das politische Handeln, das in sämtlichen Oppositionsparteien außer der PDS Unterstützung fand. Zum anderen erlang-

² Es gibt selbstverständlich auch sozialwissenschaftliche Literatur, die sich diesem Themenbereich widmet. Gerade weil sie numerisch so deutlich hinter andersweitig interessierten Arbeiten zurücksteht, scheint es um so dringlicher, auf die vorliegenden Studien hinzuweisen: Juhász (1996: 440), der die Haltungen der Bürger in den Jahren 1991 und 1992 betrachtet, kommt zu dem Schluss: „Diese Auswertungen fördern also signifikante Ost-West-Unterschiede bei zentralen sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen zu Tage.“ Untersuchungen aus Mitte der neunziger Jahre stützen diese These mit Blick auf die Zustimmung zum Bosnieninsatz der Bundeswehr (vgl. Mohr 1995: 13–15). Klein (1999) kommt in seiner Bestandsaufnahme Mitte des Jahres 1999 zu dem Ergebnis, dass keine substantiellen Einstellungsdivergenzen im sicherheitspolitischen Meinungsbild der Deutschen mehr bestehen.

ten nach Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen andere Themen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien (wie etwa der CDU-Spendenskandal). Heutzutage stehen außen- und sicherheitspolitische Problemlagen wieder weit hinten auf der politischen Agenda. Nichtsdestotrotz bleiben die durch den Kosovo-Konflikt aufgedeckten Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen unter wissenschaftlicher und politischer Perspektive weiterhin relevant. Deshalb soll im zeitlichen Abstand geprüft werden, wie substantiell diese Unterschiede tatsächlich sind. Dies erfolgt entlang der folgenden Leitfragen³:

- 1) Worin liegt die Relevanz von Bevölkerungseinstellungen zu Themen der Außen- und Sicherheitspolitik? Weshalb ist eine Einstellungsdivergenz zwischen Ost- und Westdeutschen auf diesem Gebiet aus Sicht der Politik, des Militärs, aber auch der Wissenschaft und der Gesellschaft überhaupt problematisch?
- 2) Wie ist das Meinungsbild der deutschen Bürger zu den NATO-Luftschlägen und zum KFOR-Einsatz zwei Jahre nach dessen Beginn?
- 3) Erstrecken sich die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Bevölkerungen in den alten und neuen Ländern nur auf die militärischen Aktionen im Kosovo oder präferieren Ost- und Westdeutsche grundsätzlich andere Wege in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie bei der Konfliktbewältigung?
- 4) Wodurch lassen sich die festzustellenden Unterschiede und Gemeinsamkeiten erklären?

Diese Arbeit versteht sich damit auch als Beitrag gegen die Empfehlung, die Differenzen zwischen den alten und neuen Ländern in den unterschiedlichsten Bereichen nicht länger zu thematisieren. Zehn Jahre nach dem Erreichen der deutschen Einheit sei es doch geboten, so die Argumentation, nicht länger von Ost- und Westdeutschland zu sprechen, sondern Deutschland als ein Ganzes zu begreifen (vgl. bereits Spillmann 1995). Dieser häufig als Mahnung vorgetragene Vorschlag mag zwar langfristig wünschenswert sein. Angesichts der weiterhin bestehenden Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern erscheint es aber – nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht – geeigneter, diese Unterschiede offen zu benennen, nach ihren

³ Die Beantwortung der Leitfragen vollzieht sich entlang der einzelnen Kapitel.

Ursachen und Erscheinungsformen zu suchen sowie Überwindungsstrategien aufzuzeigen. Nur durch Kenntnis kann den aufzuzeigenden Problemfeldern erfolgreich begegnet werden. Deshalb soll zunächst der Frage nachgegangen werden, inwiefern Bevölkerungsmeinungen politisch relevant sein können.

2 Bevölkerungseinstellungen als politische Ressource

Betrachtet man die vorliegende Literatur, die politische Einstellungen von Ost- und Westdeutschen vergleicht, dann lässt sich eine bestimmte Entwicklung des Forschungsinteresses nachzeichnen. Anfang der neunziger Jahre interessierte vor dem Hintergrund der immensen weltpolitischen Veränderungen und der schnellen Vollendung der deutschen Einheit zunächst, was für zwei Bevölkerungen nun in einem Staat zusammen leben sollten. Exemplarisch verdeutlicht dies der Buchtitel von Ute und Erwin K. Scheuch aus dem Jahre 1992: „Wie deutsch sind die Deutschen?“. Dieses Interesse, das Suchen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden erstreckte sich auf immer weitere Bereiche des politischen, sozialen und alltäglichen Lebens. Warum wird die PDS von vielen Ostdeutschen aber nur von wenig Westdeutschen gewählt (Stöss/Neugebauer 1996)? Wollen die Bürger in den neuen Ländern eine soziale oder eine sozialistische Marktwirtschaft (Fuchs/Roller/Fuchs 1997)? Wer wäscht sich häufiger, die *Ossis* oder die *Wessis* (Hessel/Geyer/Würz/Brähler 1997: 23)? Als notwendige Reaktion auf diese Flut von Daten und empirischen Erhebungen konzentrierte sich ab etwa Mitte der neunziger Jahre ein Teil der Arbeiten darauf, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten konzeptionell zu erfassen und zwar nach dem Motto: Wieviel Einheitlichkeit braucht die Einheit? (vgl. Biehl/Ripp 2000: 45). So hält etwa Veen (1997: 26–28) die Innere Einheit schon für vollendet, wenn einige Grundkonstanten des politischen Systems (in diesem Zusammenhang nennt er auch die Westbindung der Bundesrepublik, vgl. Veen 1997: 27 und s. Kap. 5) in beiden Landesteilen auf Zustimmung treffen. Andere wiederum vermuten, dass die zwischen ost- und westdeutschen Bürgern auftretenden Unterschiede im föderalen System der Bundesrepublik an sich gar keine Besonderheit darstellten, sondern bekannten Divergenzen wie denen zwischen Nord- und Süddeutschland entsprächen (vgl. etwa Gothe u. a. 1996: 29f.). Hingegen lehnen systemtheoretische Konzepte die Vorstellung, es müsse ein gesellschaftlicher Grundkonsens über Werte und Normen existieren, als zu statisch ab. Danach verfügen moderne, d. h. vertikal differenzierte

Gesellschaften über keinen inhaltlichen Konsens. Vielmehr basieren funktionierende Gesellschaften auf geeigneten Konfliktregelungsmechanismen, die die geordnete Austragung von Interessensgegensätzen gewährleisten (Schimannck 1996: 273). Folglich könnten Einstellungsdivergenzen den sozialen Zusammenhalt auch nicht gefährden. Dagegen lässt sich zunächst ins Feld führen, dass die Idee eines sozialen Grundkonsenses in der Selbstbeschreibung der Gesellschaft noch weithin akzeptiert ist. So sucht auch die praktische Politik nach Wegen, um das soziale Gefüge zu integrieren (Heitmeyer 1997; Teufel 1996).

Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik lässt sich dabei relativ plausibel zeigen, wie ein solcher vermeintlicher oder tatsächlicher sozialer Konsens auf die Politik, auf das Militär, aber auch auf die Gesellschaft selbst wirkt bzw. warum diese Bereiche nach breiter Unterstützung für ihr Handeln streben.

Zunächst ist das Streben nach öffentlicher Unterstützung fast schon eine Definitionsgröße demokratisch bedingter Politik. Die handelnden Politiker sind idealiter durch den Souverän – die Bevölkerung – legitimiert und erhalten ihre Macht durch periodisch stattfindende Wahlen. In diesen Wahlen wollen die Politiker Unterstützung, d. h. Wählerstimmen, für ihr politisches Handeln bzw. ihr Handlungsangebot erlangen. Dementsprechend liegt es in ihrem Interesse, dass ihr Vorgehen von der Mehrheit der Gesellschaft begrüßt wird. Diese Wahlen-Logik gilt auch für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, hier kommt allerdings ein maßgeblicher Punkt hinzu: Denn besonders militärische Einsatzentscheidungen besitzen eine hohe politische Sensibilität (vgl. auch Weller 2000: 106f.). Man muss in diesem Zusammenhang nur an die Paradebeispiele Vietnam und Somalia erinnern, die zeigen, wie (mit-) entscheidend die öffentliche Meinung für den Verlauf und den Erfolg einer militärischen Aktion sein kann. Westliche Demokratien – wie die Bundesrepublik – sind heutzutage kaum mehr bereit, kriegerische Auseinandersetzungen (mit Ausnahme der Verteidigung) zu führen, die mit einer Vielzahl von Opfern unter den eigenen Soldaten einhergehen.⁴ Dies lässt sich auch mit der Weigerung der NATO, Bodentruppen zum Kampfeinsatz in den Kosovo zu entsenden, belegen (vgl. Naumann

⁴ Vgl. dazu auch die Ausführungen von Moskos (1992: 9f.), der schon zu Beginn der neunziger Jahre die Rolle der Armee in der „warless society“ untersuchte.

2000: 666–668). Hinter diesem Verhalten steht die Überlegung der politischen Entscheidungsträger, dass der gesellschaftliche Rückhalt für militärische Aktionen bei größeren Opferzahlen und entsprechender medialer Aufbereitung schnell sinkt. Entsprechende Meinungsumschwünge in der Bevölkerung zeigten sich schon gegen Ende des Kosovo-Krieges in einigen der NATO-Staaten. Folglich ist die Herstellung eines gesellschaftlichen Rückhalts ein politisches Ziel bei Entscheidungen, die den Einsatz von Militär einschließen. Auf unsere konkrete Fragestellung bezogen bedeutet dies, dass aus Sicht der politisch Verantwortlichen ein Interesse besteht, dass die Bundeswehraktionen auf dem Balkan auf Zustimmung in der Bevölkerung stoßen – und zwar in der ostdeutschen genauso wie in der westdeutschen.

Die Bedeutung des gesellschaftlichen Rückhalts für die Streitkräfte und für die eingesetzten Soldaten erschließt sich mittelbar aus den soeben dargelegten Überlegungen. Soldaten sind die legitimen Repräsentanten auswärtiger Gewalt eines Staates. Die Legitimität ihres Handelns beziehen sie jedoch nicht nur aus den formalen Anforderungskriterien (d. h. Zustimmung des Bundestages), sondern auch aus dem Wissen, dass ihr Handeln die Unterstützung der Bevölkerung erfährt. Dies ist notwendig, da die von ihnen abverlangten Taten im Gegensatz zu Verhaltensformen, die im innerstaatlichen Rahmen erlaubt sind, stehen können. Da von ihnen der Einsatz von Gewalt eingefordert werden kann, wollen sie deshalb sowohl den Rückhalt ihres persönlichen Umfeldes wie auch den der gesamten Gesellschaft verspüren. Studien zur Situation von deutschen Soldaten im Kosovo haben gezeigt, dass ein Zusammenhang zwischen perzipierter sozialer Unterstützung und soldatischer Motivation besteht (vgl. Biehl/vom Hagen/Mackewitsch 2000b; dies. 2000a: 27f.). Dies bedeutet, dass der Soldat, der weiß, dass sein Tun auf gesellschaftliche Zustimmung trifft, sich auch stärker mit seinem Auftrag und den ihm gestellten Aufgaben identifiziert. Diesen Zusammenhang bestreiten selbst militärische Traditionalisten (Reichardt 1999: 14) nicht.

Aus den hier dargelegten Ausführungen folgt, dass es im Interesse der deutschen Politik und der Bundeswehr ist, gesellschaftliche Unterstützung für ihr Handeln zu erlangen. Dies um so mehr, als sich schon in anderen Bereichen Einstellungs- und Verhaltensdivergenzen zwischen den Bürgern aus den alten und den neuen Ländern aufgetan haben, die einige Wissenschaftler dazu veranlassen, pointiert vor der

„Ethnifizierung“ des Ost-West-Konflikts (Berg 1999: 1) zu warnen. Wie aber gestalten sich die Einstellungen zu Bundeswehr und Sicherheitspolitik in den beiden Landesteilen? Existiert die Kluft, die sich im Kosovo-Konflikt aufgetan hat, immer noch oder war diese lediglich eine temporäre Erscheinung? Stimmt auch heute das Urteil von Köcher (1999), das da lautet: „der Kosovo spaltet Ost und West“?

3 Datenbasis

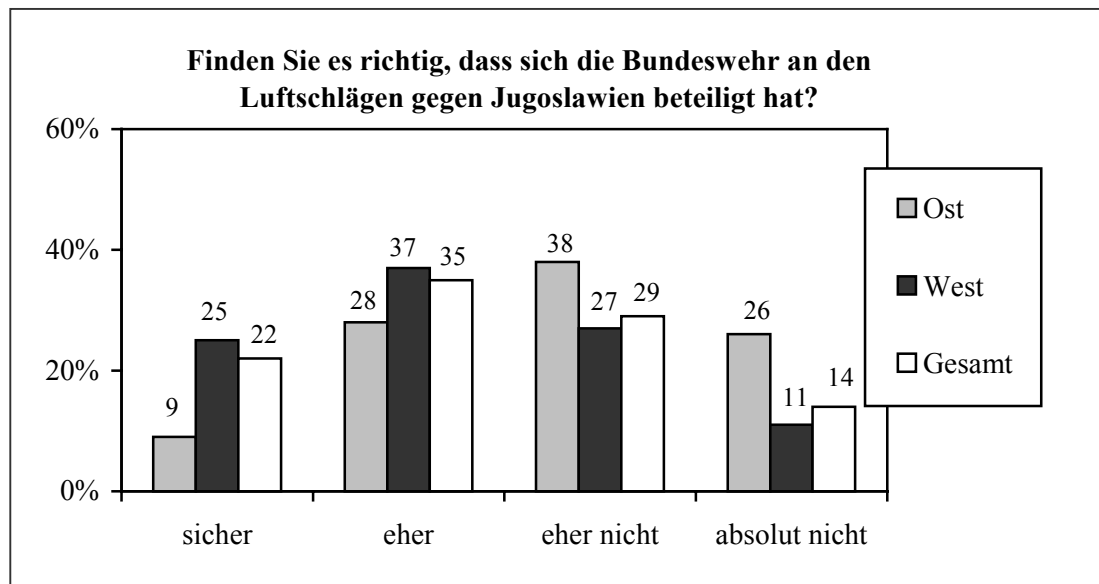
Die nachstehenden Untersuchungen zum Meinungsbild der Deutschen gründen auf den jährlichen Bevölkerungsumfragen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (vgl. Spangenberg 1998: 6ff.). Dieses führt seit 1996 in Kooperation mit dem Markt- und Meinungsforschungsinstitut INRA jährlich eine Befragung von über 2.000 Bundesbürgern ab 16 Jahren durch. Die Befragten wurden nach dem random route-Verfahren ausgewählt, die Interviews face-to-face durchgeführt. In einigen Umfragen ist dabei ein überproportionaler Anteil von Jugendlichen befragt worden (vgl. Heikenroth 2000: 20f.). Um damit verbundene sozialstrukturelle Verschiebungen in der Zusammensetzung des Samples zu beseitigen, werden bei den Berechnungen Gewichtungen vorgenommen, die Repräsentativität in den Kriterien Geschlecht, Alter und politische Ortsgrößenklasse gewährleisten sollen.

4 Das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zu den Balkaneinsätzen der Bundeswehr

Die Einstellungsdivergenzen zwischen west- und ostdeutschen Bürgern in sicherheitspolitischen Fragen manifestierten sich während der NATO-Luftschläge gegen die Bundesrepublik Jugoslawien: Die Westdeutschen unterstützten mehrheitlich die Aktionen der Allianz, die Ostdeutschen sprachen sich überwiegend gegen diese aus. Wie die nachstehende Grafik zeigt, hat sich an dieser Konstellation auch mit zeitlichem Abstand nur wenig geändert. Denn die SOWI-Umfrage gibt nicht die Einschätzungen während der Bombardierungen wieder, sondern wurde im Dezember 1999,

also mit einigen Monaten Abstand und nach der erfolgreich verlaufenen Stationierung der KFOR-Truppen im Kosovo durchgeführt.⁵

Grafik 1:



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfrage 2000.

$\tau' b = .21^{**6}$.

2.696 Befragte insgesamt, davon 510 Ostdeutsche, 2.186 Westdeutsche.

Auswertung wurde gewichtet.

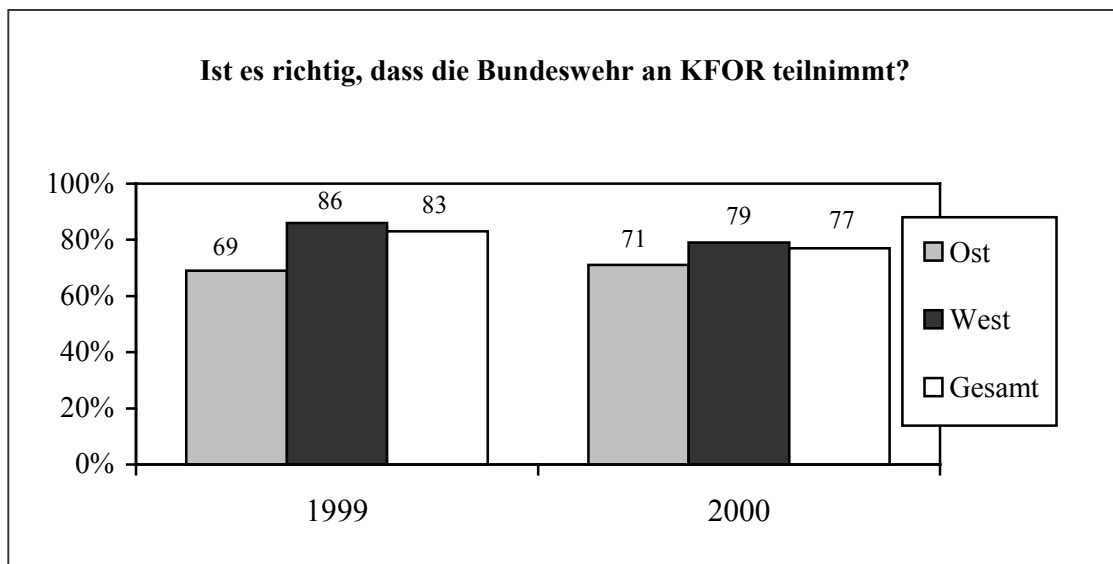
Dennoch befürworteten auch im Rückblick nur etwa ein Drittel der ostdeutschen, aber rund zwei Drittel der westdeutschen Befragten das Vorgehen der NATO. Die Luftschläge der Allianz stellen folglich für die Mehrheit der Bevölkerung in den neuen Ländern eine inakzeptable Politik dar. Auch im zeitlichen Abstand erfährt die Frage nach der Legitimität des damaligen Handelns mediales und politisches Interesse (vgl. etwa Loquai 2000). Wie sieht aber die Haltung gegenüber der nachfolgenden Stationierung von NATO-Truppen im Kosovo aus? Diese steht im Gegensatz zu der Bombardierung Jugoslawiens nicht im Verdacht, einen Bruch des Völkerrechts darzustellen. Die Vereinten Nationen legitimierten die Stationierung einer internationalen Truppe mit der Sicherheitsresolution Nr. 1244. Zudem ging die Einwilligung der jugoslawischen Regierung mit dem Belgrader Abkommen vom 02.06.1999 voraus.

⁵ Die Unterscheidung von Ost- und Westdeutschen wurde nach dem derzeitigen Wohnsitz vorgenommen. Dieser stimmt bei dem überwiegenden Teil der Befragten mit der Herkunft aus den alten und neuen Ländern überein.

⁶ Der statistische Zusammenhang einer Variable mit dem Wohnsitz des Befragten wird mittels $\tau' b$ angegeben, dabei gelten folgende Signifikanzniveaus: **: $p > .01$ und *: $p > .05$.

Wie die nachfolgende Grafik zeigt, ist dementsprechend die Akzeptanz der Bundeswehrbeteiligung an den KFOR-Einsätzen auch merklich höher.

Grafik 2:



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfragen 1999 und 2000.

Zusammengefasste Kategorien: „ja, sicher“ und „eher ja“.

τ^*b (1999) = .18**; τ^*b (2000) = .09**.

Für 1999: 2.703 Befragte insgesamt, davon 509 Ostdeutsche, 2.194 Westdeutsche.

Für 2000: 2.402 Befragte, davon 446 Ostdeutsche, 1.956 Westdeutsche.

Beide Auswertungen wurden gewichtet.

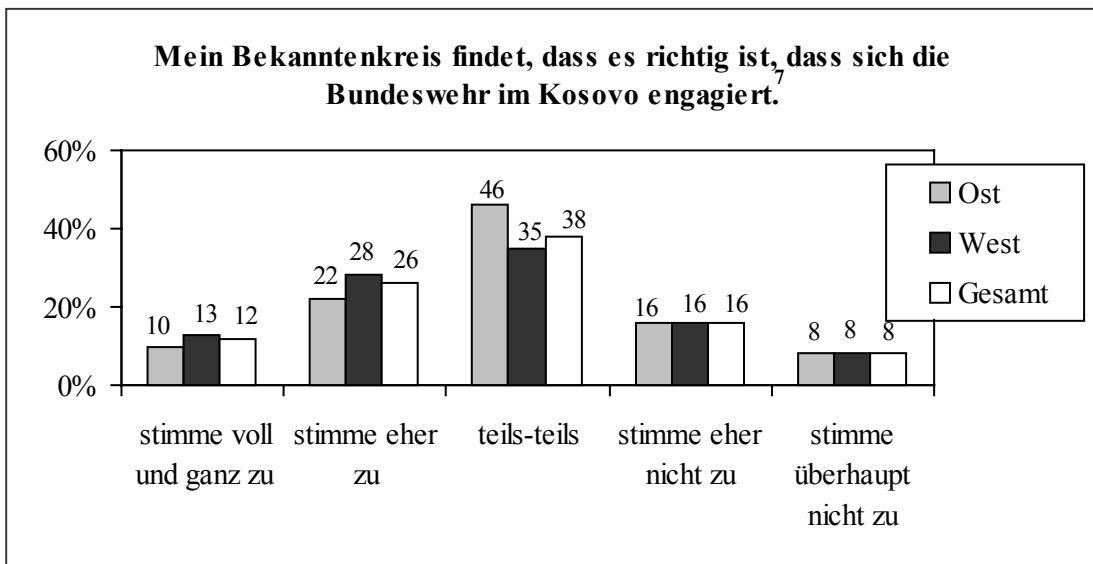
Sowohl im Jahr der Stationierung wie auch im darauffolgenden Jahr stimmt die deutsche Bevölkerung mehrheitlich der Teilnahme der Bundeswehr am KFOR-Einsatz zu. Es zeigen sich jedoch in beiden Jahren Unterschiede in der Unterstützung aus den alten und neuen Bundesländern.

1999 befürworteten 86 Prozent der Westdeutschen und 69 Prozent der Ostdeutschen die Stationierung deutscher Truppen im Kosovo. Ein Jahr später ist die Unterstützung in den alten Ländern etwas rückläufig – sie verweilt allerdings auf sehr hohem Niveau. Die Haltung der Ostdeutschen ist nahezu unverändert, ebenso wie die festzustellende Einstellungsdifferenz bei den Bürgern aus den beiden Landesteilen.

Diese Einstellungsdifferenzen zeigen sich aber nicht nur in repräsentativen Bevölkerungsumfragen. Auch die auf dem Balkan eingesetzten Bundeswehrsoldaten nehmen einen unterschiedlichen sozialen Rückhalt für ihr Tun wahr. So ergab eine Umfrage

unter den Soldaten des 1. Einsatzkontingentes KFOR vom Sommer 2000 folgendes Bild:

Grafik 3:



Quelle: KFOR-Befragung des SOWI 2000.

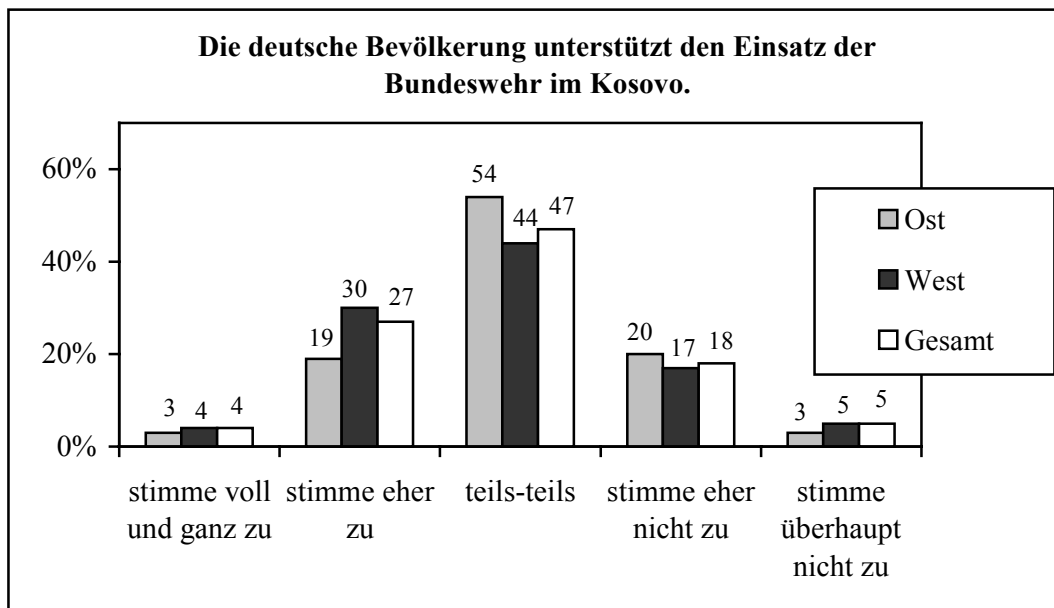
tau'b = .06*.

1.450 Gesamtbefragte, davon 452 Ostdeutsche und 998 Westdeutsche.

32 Prozent der befragten Soldaten aus den neuen Ländern, aber 41 Prozent der Soldaten aus den alten Ländern berichten, dass der KFOR-Einsatz der deutschen Streitkräfte bei ihren Bekannten auf Zustimmung trifft. Offensichtlich erfahren die westdeutschen Soldaten eine breitere soziale Unterstützung als ihre ostdeutschen Kameraden. Diese Einschätzung wird durch die nachstehende Tabelle noch verstärkt.

⁷ Bei der Bewertung der Grafiken Nr. 3 und 4 ist zu beachten, dass diese im Gegensatz zur Bevölkerungsumfrage nicht vierer-, sondern fünferskaliert sind.

Grafik 4:



Quelle: KFOR-Befragung des SOWI 2000.

tau' b = .07**.

1.447 Gesamtbefragte, davon 448 Ostdeutsche und 999 Westdeutsche.

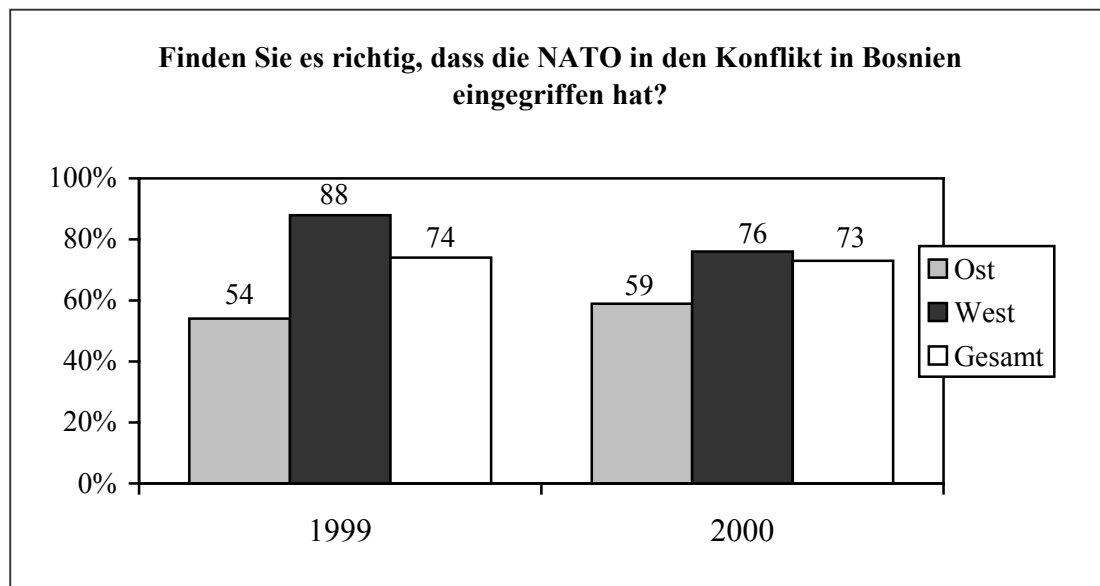
Soldaten aus den neuen Ländern vermuten einen geringeren Rückhalt des Kosovo-Engagements in der Bevölkerung als ihre Kameraden aus den alten Ländern. Von den westdeutschen Befragten äußert immerhin jeder dritte, dass er den Eindruck hat, die deutsche Bevölkerung stehe hinter dem KFOR-Einsatz. Diesem Urteil kann sich hingegen nur jeder fünfte ostdeutsche Soldat anschließen.

Beide Tabellen zeigen, dass die auszumachenden Einstellungsunterschiede in der west- und ostdeutschen Bevölkerung keine abstrakten Größen sind. Vielmehr nehmen auch die im Kosovo eingesetzten Soldaten diese Differenzen sehr genau wahr. Dabei spiegelt die Wahrnehmung der Soldaten zwar nicht die Höhe des gesellschaftlichen Rückhalts, aber überraschend genau die Differenzen bei den Bürgern aus den beiden Landesteilen wider. Dies ist für die Streitkräfte insofern von Belang, da die perzipierte Unterstützung der deutschen Gesellschaft sich als eine Determinante soldatischer Motivation erweist (Biehl/vom Hagen/Mackewitsch 2000b): Je stärker der Soldat das Gefühl hat, dass der militärische Einsatz in der Gesellschaft Rückhalt findet, desto höher ist seine Einsatzmotivation (vgl. Biehl/vom Hagen/Mackewitsch 2000a: 28).

Daran schließt sich die Frage an, ob die beobachteten Differenzen nur mit Hinblick auf das deutsche Agieren im Kosovo bestehen oder ob sie sich auch bei der Einschätzung der Teilnahme der Bundeswehr an SFOR zeigen.

Die Bundeswehr ist schon seit Mitte der neunziger Jahre an den IFOR- und SFOR-Operationen in Bosnien beteiligt. Die Einsätze verlaufen aus deutscher Sicht insgesamt ruhig und routiniert. Geschehnisse aus Bosnien erlangen kaum noch die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit. Dennoch zeigt sich bis heute eine differierende Unterstützung des Bosnien-Engagements der Allianz in den alten und neuen Ländern.

Grafik 5:



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfragen 1999 und 2000.

Zusammengefasste Kategorien: „ja, sicher“ und „eher ja“.

τ^2 (1999) = .22**; τ^2 (2000) = .15**.

Für 1999: 2.689 Befragte insgesamt, davon 508 Ostdeutsche, 2.181 Westdeutsche.

Für 2000: 2.401 Befragte, davon 451 Ostdeutsche, 1.950 Westdeutsche.

Beide Auswertungen wurden gewichtet.

Während 1999 eine deutliche Mehrheit der Westdeutschen das Eingreifen der NATO in den Konflikt in Bosnien gutheißt, tut dies nur eine knappe Mehrheit der Ostdeutschen. Ein Jahr später lässt sich eine leichte Annäherung feststellen. Der Unterschied in der Unterstützung der SFOR-Mission durch West- und Ostdeutsche ist aber weiterhin signifikant. Dies verdeutlicht, dass die unterschiedlichen Einstellungen zu den

Bundeswehraktionen im Kosovo keinen Sonderfall darstellen, sondern dass diese auch mit Blick auf das Bosnien-Engagement der Allianz gelten.

Dies ist ein Indiz dafür, dass es sich bei den Einstellungsunterschieden zwischen den Bürgern aus den alten und neuen Ländern nicht um punktuelle Divergenzen handelt, sondern dass abweichende Vorstellungen über Sicherheitspolitik, Friedensregulierung und internationales Engagement in beiden Landesteilen favorisiert werden. Verfolgt ein größerer Teil der ostdeutschen Bevölkerung ein außenpolitisches Agieren, das weniger gewillt ist, auf militärische Mittel zurückzugreifen, und statt dessen eher Instrumente der *soft power* präferiert? Oder steht dahinter gar eine grundlegend andere Auffassung über die Aufgaben und Ziele deutscher Außenpolitik? Sähe es ein beachtlicher Teil der Bürger aus den neuen Ländern lieber, wenn Deutschland sich stärker auf seine inneren Angelegenheiten konzentrierte? Sind es eher die Bürger aus den alten Ländern, die generell die internationalen Aktivitäten – besonders die militärischen – der Bundesrepublik gutheißen?

5 Außenpolitische Konzeptionen und sicherheitspolitische Instrumente

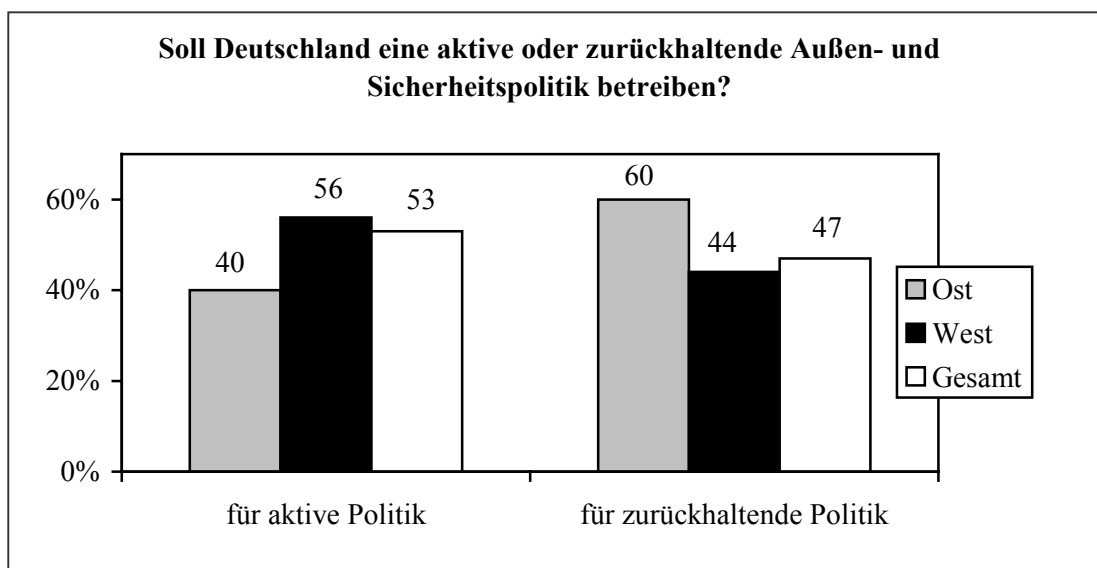
Wie oben schon erwähnt, hat sich die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik in den letzten zehn Jahren deutlich gewandelt. Dies gilt sicherlich nicht mit Blick auf ihre Beziehungen zu den westlichen Nachbarn. Die Beteiligung Deutschlands an der atlantischen Gemeinschaft und an der Europäischen Integration ist trotz aller Reibungspunkte im Einzelnen (vgl. Biehl/Kümmel 2000: 31–37) mittlerweile als klassisch zu bezeichnen. Die Westintegration hat als Konstante auch die Zeitenwende von 1989/91 überlebt. Allerdings zwangen die Umbrüche im östlichen Europa Deutschland dazu, seine *Ostpolitik* grundlegend zu modifizieren. Dies war mit Blick auf die Länder Mittel- und Osteuropas das geringere Problem. Hier versteht sich Deutschland als Fürsprecher dieser Staaten und hilft diesen bei der Integration in die westlichen Strukturen. Anders stellen sich die außenpolitischen Alternativen mit Blick auf die Südosteuropa-Politik dar. Schon bald nach dem Zerfall des Warschauer Paktes kristallisierte sich der Balkan und insbesondere die Bundesrepublik Jugoslawien als Unruheherd im europäischen Gefüge heraus. Von Beginn an stand dabei auch immer die Frage im Raum, ob sich Deutschland mit Soldaten an den diversen militärischen Aktionen der Vereinten Nationen in diesem Gebiet beteiligen sollte.

Hieß es noch Anfang der neunziger Jahre aus dem Munde des damaligen Verteidigungsministers Volker Rühe, dass keine Bundeswehr-Soldaten dort eingesetzt werden sollten, wo Wehrmachts-Soldaten im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatten, galt dieses Verdikt spätestens mit der Beteiligung an IFOR und SFOR ab Mitte der neunziger Jahre nicht mehr (Grässlin 1997: Kap. 2). Damit kam aber auch die grundlegende Debatte über die Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik an ihr vorläufiges Ende, die sich zwischen den Polen *Militarisierung* und *Normalisierung* bewegte. Die deutsche Politik hatte sich für ein stärkeres internationales Engagement entschieden.

Wie aber sieht die Unterstützung der Bevölkerung für diese Politik aus? Unterstützen gleiche Teile der West- und Ostdeutschen das bisherige Vorgehen? Um dies zu prüfen, wurden die Befragten mit alternativen Vorschlägen zur Ausrichtung deutscher Außenpolitik konfrontiert.

Soll Deutschland eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen, oder soll es sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?

Grafik 6:



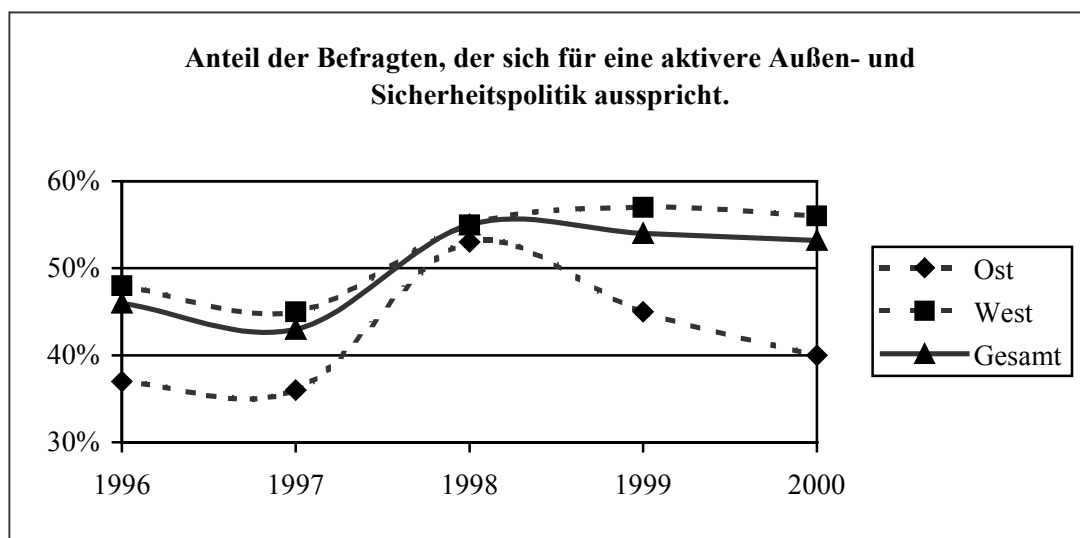
Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfrage 2000.

tau' b: .12**.

2.366 Befragte insgesamt, davon 1.927 Westdeutsche und 439 Ostdeutsche.
Auswertung wurde gewichtet.

Wie die vorstehende Grafik zeigt, herrschen heutzutage in den alten und neuen Ländern unterschiedliche Auffassungen darüber, was Priorität deutscher Politik sein sollte. Die Westdeutschen plädieren mit einer Mehrheit von 56 Prozent für eine Politik, die eine internationale Orientierung besitzt. Dies schließt die Entsendung deutscher Soldaten und das Eingreifen der Bundeswehr in Konflikte mit ein. Dem steht die Vorstellung des Großteils (60 Prozent) der Ostdeutschen gegenüber. Sie fordern ein politisches Konzept, das sich aus internationalen Zusammenhängen eher heraushält. Sie votieren für eine Politik, die sich auf die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik konzentriert und diesen den Vorrang vor internationalen Verpflichtungen einräumt. Wie die nachstehende Grafik zeigt, ist der Unterschied in den Haltungen in den letzten Jahren keineswegs konstant geblieben.

Grafik 7:



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfragen 1996 bis 2000.

tau' b (1996) = .10**; tau' b (1997) = .07**; tau' b (1998) = n.s.; tau' b (1999) = .09**;
tau' b (2000) = .12**.

Für 1996: 1.129 Befragte insgesamt, davon 180 Ostdeutsche, 949 Westdeutsche.

Für 1997: 1.088 Befragte insgesamt, davon 187 Ostdeutsche, 901 Westdeutsche.

Für 1998: 1.099 Befragte insgesamt, davon 217 Ostdeutsche, 882 Westdeutsche.

Für 1999: 1.471 Befragte insgesamt, davon 228 Ostdeutsche, 1.243 Westdeutsche.

Für 2000: 1.245 Befragte insgesamt, davon 174 Ostdeutsche, 1.071 Westdeutsche.

Alle Auswertungen wurden gewichtet.

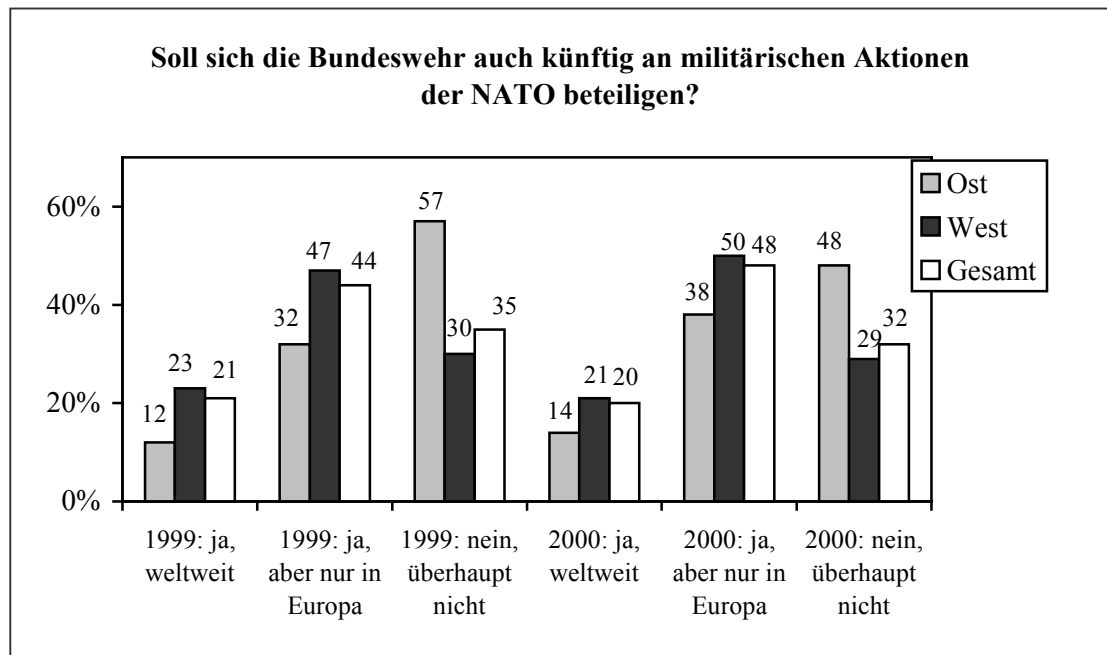
Bis 1998 ist eine konvergierende Bewegung festzustellen. Zwar reichen die Umfragedaten des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr nur bis ins Jahr 1996 zurück, aber aufgrund der Ergebnisse anderer Studien ist davon auszugehen, dass sich die Haltungen zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen in Ost- und West-

deutschland seit der Wende durchaus aufeinander zu bewegen (Juhász 1996; Klein 1999: 2). Während 1997 noch 45 Prozent der Bürger aus den alten Ländern, aber nur 36 Prozent der Bürger aus den neuen Ländern eine aktivere Außenpolitik einfordern, ist ein Jahr später dieser Unterschied verschwunden. Jeweils über die Hälfte der Bevölkerung in beiden Landesteilen heißt eine solche Politik gut. Im Jahr des Kosovo-Konflikts (1999) öffnet sich die Schere zwischen Ost und West wiederum: Die Mehrheit der Ostdeutschen plädiert für eine zurückhaltende, nach innen gerichtete Politik, die Westdeutschen für die Übernahme internationaler Verantwortung. Im Jahre 2000 vergrößert sich diese Kluft nochmals. Dies ist deshalb so bemerkenswert, weil sicherheitspolitische Themen in diesem Jahr kaum eine Rolle auf der politischen Agenda spielten. Wenn die Bundeswehr im vergangenen Jahr im Zentrum des öffentlichen Interesses stand, war dies doch stärker ihrem organisatorischen Reformprozess als ihren internationalen Engagements geschuldet. Offenkundig stehen diese Einstellungsveränderungen immer noch unter dem Eindruck des Kosovo-Konflikts und der Involvierung der Bundeswehr in diesen Konflikt. Die zwischen Ost- und Westdeutschen umstrittene Teilnahme der deutschen Streitkräfte an den Aktionen der Allianz gegen Jugoslawien beendete die konvergierende Entwicklung in den Einstellungen der deutschen Bevölkerung und manifestierte eine weitere Divergenz zwischen Ost und West.

Ist dies lediglich relevant für die Bewertung zurückliegender Ereignisse oder ist davon auszugehen, dass sich der Unterschied auch in Zukunft bemerkbar macht? Befragt nach dem gewünschten Verhalten Deutschlands in möglichen künftigen Konflikten zeigen sich jedenfalls wiederum abweichende Präferenzen bei den Bürgern in Ost- und Westdeutschland.

Dabei wurden den Befragten drei zukünftige Szenarien präsentiert. Das erste sieht die Teilnahme der Bundeswehr an NATO-Aktionen weltweit vor, das zweite möchte das militärische Engagement auf Europa beschränkt sehen und das dritte lehnt jedwede Teilnahme der Bundeswehr an NATO-Aktionen ab.

Grafik 8:



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfragen 1999 und 2000.

τ^2_b (1999) = .20**; τ^2_b (2000) = .14**.

Für 1999: 2.672 Befragte insgesamt, davon 503 Ostdeutsche, 2.169 Westdeutsche.

Für 2000: 2.401 Befragte insgesamt, davon 448 Ostdeutsche, 1.953 Westdeutsche.

Beide Auswertungen wurden gewichtet.

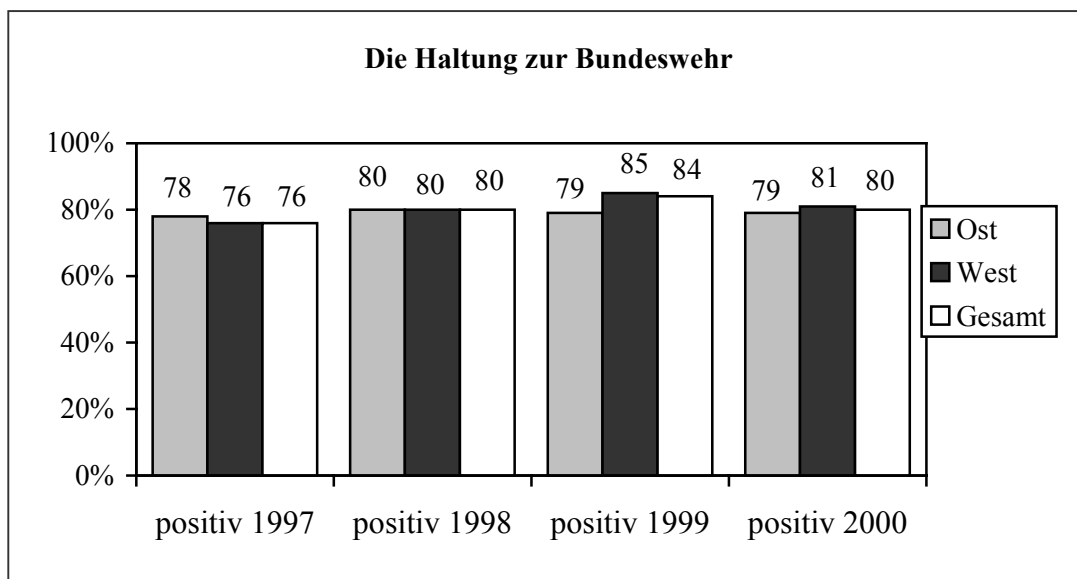
Während die Bürger aus den alten Ländern sich eine erneute Teilnahme der Bundeswehr an militärischen Aktionen der NATO im europäischen Kontext durchaus vorstellen können, lehnt dies die Mehrheit der Bevölkerung aus den neuen Ländern ab. Sie wünschen eine vollkommene Abstinenz der Bundesrepublik an militärischen Aktionen der NATO. Diese unterschiedliche Haltung bleibt trotz einer Angleichung im Jahr 2000 bestehen. Die Forderung, dass die deutschen Streitkräfte weltweit agieren sollten, findet in beiden Landesteilen nur geringen Zuspruch. Dieses Meinungsbild ist ein Indiz dafür, dass die im Kosovo-Konflikt aufgetretenen Divergenzen zwischen Ost- und Westdeutschen keineswegs spezifisch auf diesen Konflikt konzentriert sind, sondern dass sie sich auch in zukünftigen vergleichbaren Konstellationen wieder aktualisieren können. Sicherlich lassen sich entsprechende Entwicklungen nicht alleine aufgrund einer solchen Betrachtung prognostizieren, aber es ist bemerkenswert, dass sich diese – zumindest in der kurzfristigen Perspektive auch konstanten – Einstellungsdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen offenbaren.

Für die deutschen Streitkräfte ist in diesem Zusammenhang von Interesse, ob sich die berichteten Unterschiede „lediglich“ auf die Ausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik erstrecken oder ob sich ebenso das Ansehen des zentralen Instruments dieser Politik, der Bundeswehr, in den alten und neuen Ländern unterscheidet. Wie stehen die Ost- und Westdeutschen zur Bundeswehr?

Die Armee der Einheit im Meinungsbild der Bürger

Die Bundeswehr ist seit Beginn der neunziger Jahre darauf bedacht, sich als *Armee der Einheit* zu präsentieren. Sie versteht sich als die staatliche Institution, die mit am raschesten und konsequentesten zur Überwindung der Teilung beigetragen hat. Dieses immer wieder artikulierte Selbstvertrauen (vgl. BMVg 1994: Kap. 1; BMVg 1999: 12) gewinnt sie aus dem Umstand, dass sie rund 10.000 ehemalige NVA-Soldaten in ihre Reihen aufgenommen hat (BMVg 1994: 16) und dass sie in den neuen Ländern präsent ist. Aber auch ihr Engagement bei der Bekämpfung des Oder-Hochwassers 1997 hat sicherlich zur stärkeren Integration und erhöhten Akzeptanz bei den Bürgern in den neuen Ländern beigetragen. Wie die nachstehende Grafik zeigt, artikuliert der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung in beiden Landesteilen dementsprechend eine positive Einstellung zu den deutschen Streitkräften.

Grafik 9:



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfragen 1997 bis 2000.

tau'b (1997) = .05**; tau'b (1998) = n.s.; tau'b (1999) = .11**; tau'b (2000) = n.s.

Zusammengefasste Kategorien: für 1997 (Sechser-Skala): „sehr positiv“, „positiv“ und „eher positiv“; für 1997 bis 2000 (Vierer-Skala): „positiv“ und „eher positiv“.

Für 1997: 2.569 Befragte insgesamt, davon 522 Ostdeutsche, 2.047 Westdeutsche.

Für 1998: 2.013 Befragte insgesamt, davon 409 Ostdeutsche, 1.604 Westdeutsche.

Für 1999: 2.709 Befragte insgesamt, davon 510 Ostdeutsche, 2.199 Westdeutsche.

Für 2000: 2.404 Befragte insgesamt, davon 447 Ostdeutsche, 1.957 Westdeutsche.

Alle Auswertungen wurden gewichtet.

Über die Jahre hinweg bekunden jeweils rund drei Viertel bis vier Fünftel der Bürger ihre positive Haltung zur Bundeswehr. Die dabei auftretenden Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen sind gering bzw. wie im Jahr 1999 lediglich auf eine nochmals gesteigerte Befürwortung durch die westdeutsche Bevölkerung zurückzuführen. Die hohe Akzeptanz der deutschen Streitkräfte in beiden Landesteilen ist mit Blick auf die Geschichte nicht selbstverständlich. Den Bürgern in der DDR wurde die Bundeswehr als aggressive Armee präsentiert, die im Verbund mit den anderen Streitkräften der imperialistischen Welt insgeheim die Absicht hege, die sozialistischen Staaten zu attackieren (vgl. etwa Dobias u. a. 1989: 6f.). Heutzutage ist nicht nur dieses Propaganda-Bild verschwunden, es zeigt sich auch, dass die Vorbehalte in der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber der Bundeswehr keineswegs stärker sind als in der westdeutschen. Die Differenzen in den außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen wirken folglich nicht auf die Haltung zur Bundeswehr als Institution zurück. Das Bild von den deutschen Streitkräften in der Öffentlichkeit ist offenkundig nicht auf deren sicherheitspolitische Funktion reduziert. Vielmehr liegt die These

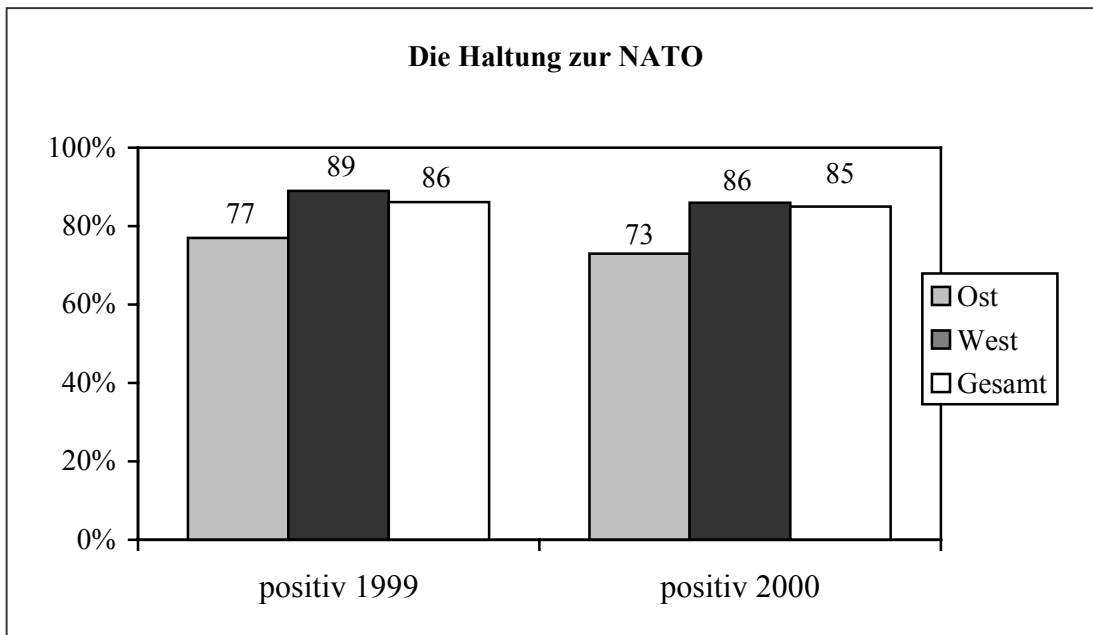
nahe, dass die Streitkräfte als komplexe Organisation gesehen werden, die etwa durch stationierte Truppenteile oder durch unmittelbaren Austausch mit einzelnen Soldaten für die Bürger direkt erfahrbar ist. Der Streit um die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik schlägt jedenfalls nicht auf die Haltung zur Bundeswehr durch.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die Einschätzungen der Befragten zum nordatlantischen Bündnis betrachtet:

Die Haltung zur NATO

Die NATO ist die zentrale sicherheitspolitische Organisation für die Bundesrepublik Deutschland (Varwick/Woyke 2000). Diese Einschätzung gilt auch angesichts der verstärkten Bemühungen der Europäer, eigenständige Verteidigungsstrukturen zu schaffen. Durch entscheidende organisatorische Modifikationen ist es dem Atlantischen Bündnis gelungen, seine zentrale Bedeutung für die Sicherheit Deutschlands und vieler anderer Staaten Europas über die Zeitenwende hinaus zu erhalten. Trotz der vielen, teilweise auch fundamentalen Veränderungen bekennt die NATO sich ausdrücklich zu ihrer eigenen Geschichte und Entstehung als Widerpart zum Warschauer Pakt in der Zeit des Ost-West-Konflikts. Damals stellte sie für viele Bewohner der DDR (gemeinsam mit der Bundeswehr) das Feindbild per se dar. Ähnlich wie bei der Einschätzung zu den deutschen Streitkräften ist dies heutzutage grundsätzlich überwunden, wie die nachstehende Grafik zeigt.

Grafik 10:



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfragen 1999 und 2000.

Zusammengefasste Kategorien: „*sehr positiv*“; „*positiv*“ und „*eher positiv*“.

τ^2 (1999) = .17**; τ^2 (2000) = .15**.

Für 1999: 2.682 Befragte insgesamt, davon 503 Ostdeutsche, 2.179 Westdeutsche.

Für 2000: 2.407 Befragte insgesamt, davon 450 Ostdeutsche, 1.957 Westdeutsche.

Beide Auswertungen wurden gewichtet.

Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in beiden Landesteilen steht dem Atlantischen Bündnis positiv gegenüber. Allerdings ist die Differenz im Zuspruch – gerade auch im Vergleich zu den Einstellungen zur Bundeswehr – bemerkenswert, statistisch signifikant und zumindest für den hier betrachteten Zeitraum auch stabil. Im Osten Deutschlands steht etwa jeder vierte Bürger der NATO negativ gegenüber, während dies nur jeder sechste Bürger im Westen Deutschlands tut. Weshalb aber bestehen in den neuen Ländern größere Vorbehalte gegen die Atlantische Allianz und ihr Vorgehen? Zum einen kann dies sicherlich auf die oben geschilderte Rolle des Bündnisses im Kalten Krieg zurückgeführt werden. Damit verbundene Vorbehalte wären demnach ein historisches Relikt, das mit der Zeit verschwinden dürfte. Zum anderen können die negativen Einstellungen aber auch daher rühren, dass man die NATO bzw. ihre dominanten Mitglieder (und im Besonderen die USA) für das sicherheitspolitische Agieren Deutschlands etwa auf dem Balkan mitverantwortlich macht. In diesem Fall ginge die Ablehnung der NATO mit dem Plädoyer für eine zurückhaltende Außenpolitik einher. In diesem Zusammenhang muss aber auch an das von der Bundeswehr in die Öffentlichkeit transportierte Selbstbild erinnert wer-

den. Inwiefern trug (und trägt) die gebetsmühlenhaft vorgetragene Formel von der *Armee der Einheit* dazu bei, den Gedanken in Vergessenheit geraten zu lassen, dass die Bundeswehr eine Bündnis-Armee und dies meint in erster Linie eine NATO-Armee ist? Erscheint es nicht gerade angesichts der Einsätze der deutschen Streitkräfte, die geprägt sind durch den multinationalen Kontext, notwendig, den Bündnis-Charakter noch deutlicher als bislang herauszustreichen? Ist dies nicht geboten, da im Unterschied zur Bundeswehr unmittelbare Erfahrungen und Begegnungen zwischen den Bürgern und dem Atlantischen Bündnis kaum möglich sind. Hier bedarf es eines größeren Engagements seitens der Streitkräfte. Dies ist besonders mit Blick auf die neuen Bundesländer vonnöten, da hier stärkere Vorbehalte gegen internationale Engagements bestehen. Nur wenn bewusst wird, dass die Bundeswehr im Atlantischen Bündnis gewissen Verpflichtungen und politischen Regeln unterliegt, kann der Kurswechsel der deutschen Sicherheitspolitik in den neunziger Jahren nachvollzogen werden.

Will man die Unterschiede in den außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschen reduzieren, muss aber auch ein Bewusstsein für die Ursachen dieser Unterschiede geschaffen werden.

6 Woher kommen die Einstellungsdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen und wie ist ihnen entgegenzuwirken?

Die politikwissenschaftliche Einstellungsforschung interessiert nicht alleine, *ob* es Divergenzen in den Einstellungen der Bürger aus den alten und neuen Ländern gibt, sondern vor allem, *warum* diese existieren. Dabei haben sich zwei konkurrierende und in einigen Punkten auch ergänzende Erklärungsmuster für die vorhandenen Unterschiede herauskristallisiert (vgl. den Überblick bei Pickel 1998: 157–161). Während die *Sozialisationshypothese* die langfristigen Prägungen der Bürger betont (Fuchs/Roller/Weßels 1997; vgl. Pollack/Pickel 1998: 10f.), stellt die *Situationshypothese* die momentane Lage als entscheidend für die Meinungen und Haltungen der Befragten dar (Zelle 1998: 25–28). Beiden Thesen ist jedoch gemeinsam, dass sie sich in erster Linie nicht auf Einstellungen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen beziehen. Sie gehen vielmehr aus der Debatte um die Einstellungsdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen

sowie in der Akzeptanz der Institutionen des politischen Systems hervor. Dadurch sind ihre Aussagen auch nur bedingt auf das hier untersuchte Feld übertragbar.

Die Sozialisationshypothese

Die Sozialisationshypothese geht im Kern davon aus, dass die Einstellungsdifferenzen zwischen den Bürgern aus den alten und neuen Ländern auf deren abweichenden, ja fast entgegengesetzten politischen Sozialisationen beruhen. Während der Großteil der Bürger aus den alten Ländern in einer demokratisch verfassten Gesellschaft mit marktwirtschaftlichem System groß geworden ist, seien die Bürger aus den neuen Ländern geprägt von den Verhältnissen der *autalitären* (Jesse 1994: 23) – die sprachliche Mischung aus einer autoritären und einer totalitären – Diktatur der DDR mitsamt ihren planwirtschaftlichen Strukturen. Zwar zieht der Großteil der ehemaligen Bewohner der DDR die jetzigen Bedingungen den vormaligen Verhältnissen vor, aber die Erwartungshaltung an den Staat sei in den neuen Ländern immer noch größer (Jagdozinski/Kühnel 1997: 217f.; Neugebauer/Stöss 1996: 282). Dies führe in der Konsequenz dazu, dass die Ostdeutschen einen sozialistischen und keinen sozialen Wohlfahrtsstaat präferierten (Fuchs 1998: 34). Zudem seien hier die Rufe nach einem starken Staat, der entschieden gegen Kriminalität vorgehe, lauter. Es bestehe das Idealbild eines paternalistischen Staates, der eine geringere Eigeninitiative verlange (Meyer 1989).

Die Sozialisationshypothese basiert folglich auf der Prägekraft lebensweltlicher Erfahrungen und postuliert die Persistenz politischer Einstellungen. Die Überwindung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen sei mithin eine Generationsfrage. Wenn neue Generationen unter gleichen Verhältnissen – besonders unter gleichen sozioökonomischen Verhältnissen – aufwachsen könnten, verschwänden die Differenzen zwischen Ost und West.

Die Situationshypothese

Demgegenüber erachtet die Situationshypothese die gegenwärtige Lage in den neuen Ländern als ursächlich für bestehende Einstellungsdivergenzen. Menschen seien lernfähig und passten ihre Meinungen und Haltungen an veränderte Bedingungen an, so die Vertreter der Situationshypothese. Anders sei auch die Wende in der DDR, die von einem Großteil der ostdeutschen Bevölkerung getragen worden sei, nicht zu er-

klären. Die heute noch bestehenden Differenzen zwischen den Meinungsbildern von Ost und West seien lediglich auf die unterschiedliche Lage in den alten und neuen Ländern zurückzuführen. Die Ostdeutschen verlangten deshalb stärkere staatliche Eingriffe in Gesellschaft und Wirtschaft, weil sie im höheren Maße von dem Anstieg der Gewalt und der Arbeitslosigkeit betroffen seien. Erst wenn diese Schwierigkeiten beseitigt seien, näherten sich die Einstellungen der Ost- und Westdeutschen einander an. Die Reduzierung der Unterschiede sei deshalb in erster Linie keine Frage von Generationen, sondern könne nur Ergebnis sozioökonomischer Angleichungsprozesse sein (Zelle 1998: 34–36).

Mit Blick auf die hier interessierenden Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik besitzen die beiden Argumentationsmuster nur bedingt Gültigkeit. Denn die sicherheitspolitische Lage ist in den neuen und alten Ländern grundlegend gleich. Damit gilt ein zentrales Argument der Situationshypothese für diesen Bereich nicht. Sind die höheren Vorbehalte in den neuen Ländern gegen die deutsche Sicherheitspolitik und das Vorgehen der NATO auf dem Balkan somit ein Überbleibsel der DDR?

Auch die in dieser Frage implizierte Argumentation erscheint aufgrund der Entwicklungen seit der Vereinigung nicht unbedingt schlüssig. Denn zunächst ist festzuhalten, dass sich über die Jahre hinweg die Einstellungen der Ost- und Westdeutschen auf sicherheitspolitischem Gebiet allmählich angenähert haben. Diese Nivellierung lief parallel zum außenpolitischen Kurswechsel der deutschen Politik. Dieser Kurswechsel ist verschiedentlich schon als *Salamitaktik* bezeichnet worden, da er in vielen kleinen Einzelschritten vollzogen wurde (vgl. Grässlin: Kap. 2). Selbstformulierte Tabus wurden in zeitlichem Abstand von zwei, drei Jahren gebrochen. Dieser Umorientierungsprozess, der die politische wie militärische Elite betraf, – und der sich eindrucksvoll an den Haltungsänderungen der Parteien ablesen lässt (Philippi 1997) – geschah mit Zustimmung oder zumindest mit Duldung der Bevölkerung und zwar in Ost- wie in Westdeutschland. Sicherheits- und verteidigungspolitische Themen erlangten immer wieder das Interesse der Öffentlichkeit, aber die häufig geforderte Debatte über die Neuorientierung der deutschen Außenpolitik (vgl. Biehl 1998: 6) blieb aus. Der entscheidende Einschnitt war offensichtlich die Teilnahme der Bundesluftwaffe an den NATO-Aktionen gegen Jugoslawien. Der Kosovo-

Konflikt konkretisierte die abstrakten Debatten über „mehr Verantwortung übernehmen“ und „internationales Engagement“. Hier wurde nun augenscheinlich, was die Konsequenzen des vollzogenen Wechsels in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sein können. Offenkundig aktivierte diese *plastische Umsetzung* neuer deutscher Außenpolitik einen Großteil der Bürger, sich zur anstehenden Problematik neu zu positionieren.⁸ Dabei wurden alte Bilder und Einstellungen „reaktiviert“, die über die Jahre hinweg scheinbar schon verschüttet waren. Die Spanne zwischen den sicherheitspolitischen Einstellungen der Bürger aus den alten und neuen Ländern, die bis 1998 geringer wurde, ging wieder auf. In dieser Perspektive erweist sich der Kosovo-Konflikt als Wendemarke der deutschen Sicherheitspolitik und der sicherheitspolitischen Einstellungen der deutschen Bevölkerung in den neunziger Jahren.

Um die konkurrierenden Thesen zu prüfen, wird im folgenden Kapitel das Meinungsbild der Jugend skizziert, die nur einen Teil ihrer Sozialisation unter den Bedingungen der Ost-West-Konfrontation erfahren hat.

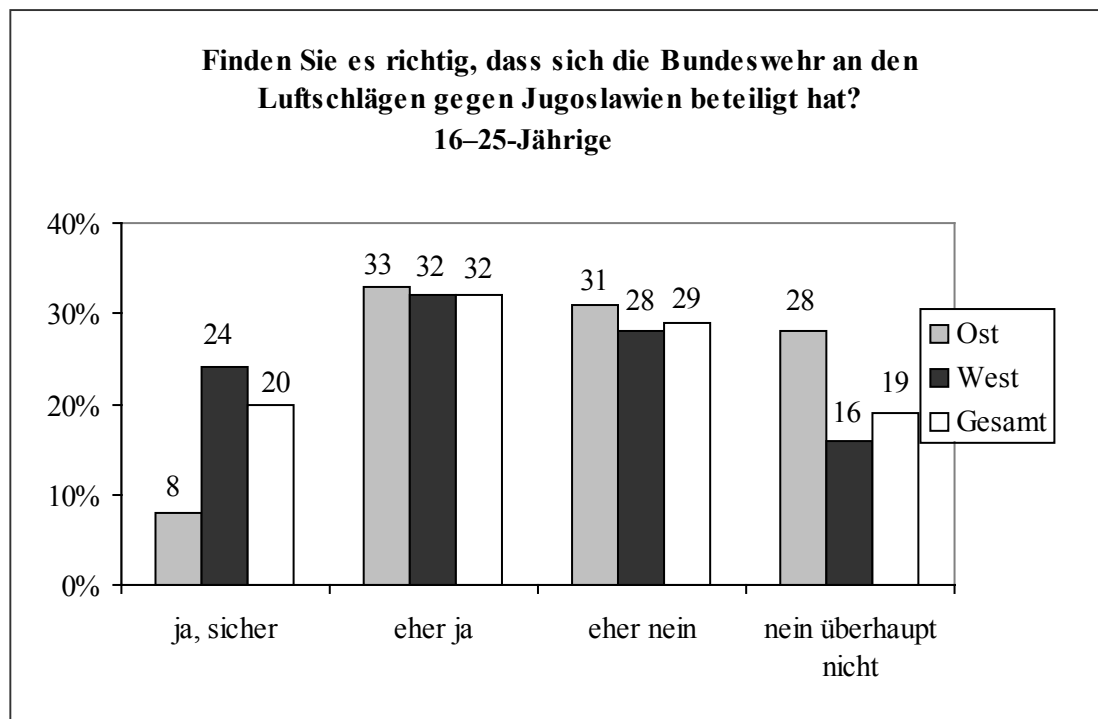
7 Sicherheitspolitische Einstellungen von Jugendlichen aus den alten und neuen Ländern

Die oben angestellten Erwägungen zu den Ursachen für die Divergenzen in den sicherheitspolitischen Einstellungen der Ost- und Westdeutschen gelten für die Jugend nur in eingeschränktem Maße. Da im Folgenden ausschließlich die Befragten betrachtet werden, die 25 Jahre alt oder jünger sind, ist davon auszugehen, dass diese nur noch in Teilen vom Ost-West-Konflikt geprägt sind. Dennoch kann auch für die Zeit nach 1990 nicht von einem einheitlichen sozialisatorischen Umfeld ausgegangen werden. So ist zu vermuten, dass die Meinungsunterschiede zwischen den Bürgern aus den alten und neuen Ländern auch über die Vermittlung politischer Inhalte an die jüngere Generation weitergegeben werden. Dabei kann sowohl der Einfluss des El-

⁸ Es kann in diesem Zusammenhang nur gemutmaßt werden, in welchem Maße die Tatsache, dass auch Jugoslawien ein sozialistisches System hatte, dabei eine Rolle spielte. Insgesamt führte dies jedenfalls bei einem Teil der Ostdeutschen dazu, dass stärkere Vorbehalte gegen die Teilnahme der Bundeswehr an der internationalen Militäraktion sowie gegen eine grundlegend aktivere Außenpolitik geäußert wurden.

ternhauses, des größeren sozialen Umfeldes, der Schule wie auch der von Vorfeldorganisationen eine Rolle spielen. Jedenfalls zeigen sich auch bei den jungen Menschen abweichende Haltungen zu sicherheitspolitischen Fragen.

Grafik 11:



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfrage 1999.

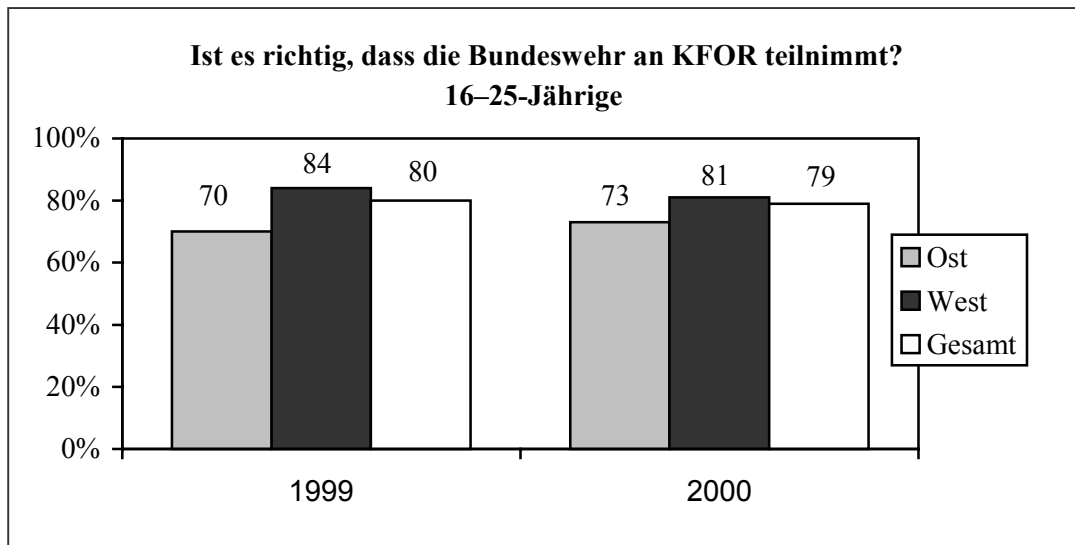
$\tau^2 = .17^{**}$.

304 Befragte insgesamt, davon 83 Ostdeutsche und 221 Westdeutsche.

So unterstützt die westdeutsche Jugend die Luftangriffe der NATO gegen Jugoslawien mit leichter Mehrheit, während drei von fünf ostdeutschen Jugendlichen dieses Agieren ablehnen. Damit spiegelt sich hier das Meinungsbild der Gesamtbevölkerung wider. Die unterschiedlichen Einschätzungen in dieser Frage sind in der jungen Generation genauso ausgeprägt wie beim Rest der Bevölkerung.

Diese Bewertung kann jedoch mit Blick auf die Haltungen der Jugend zu den laufenden Bundeswehreinsetzungen auf dem Balkan nicht uneingeschränkt aufrechterhalten werden.

Grafik 12:



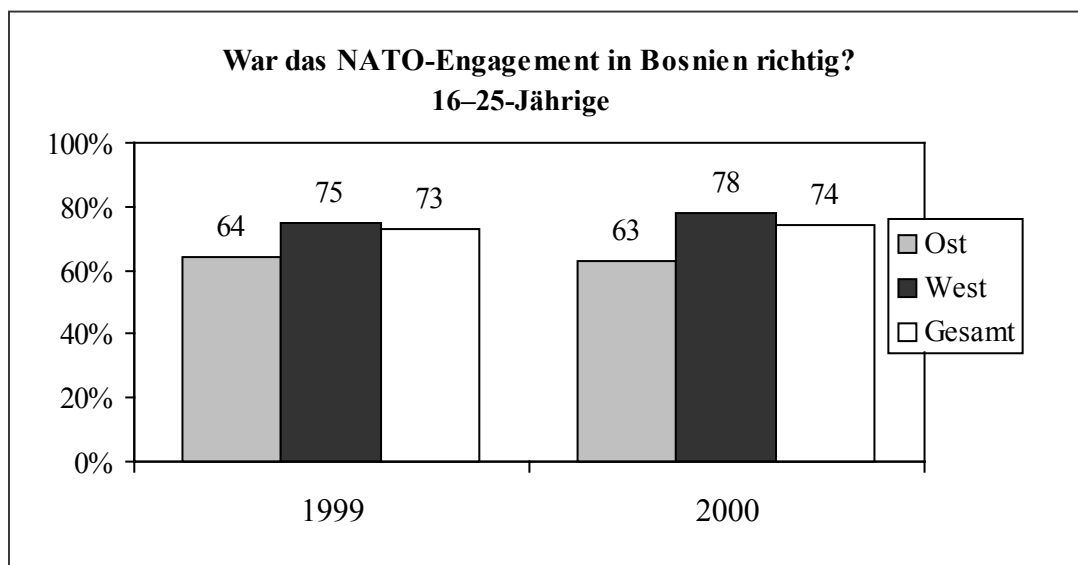
Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfragen 1999 und 2000.

tau'b (1999): .12*; tau'b (2000): .11**.

Für 1999: 309 Befragte insgesamt, davon 84 Ostdeutsche und 225 Westdeutsche.

Für 2000: 807 Befragte insgesamt, davon 198 Ostdeutsche und 609 Westdeutsche.

Grafik 13:



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfragen 1999 und 2000.

tau'b (1999): .17**; tau'b (2000): .13**.

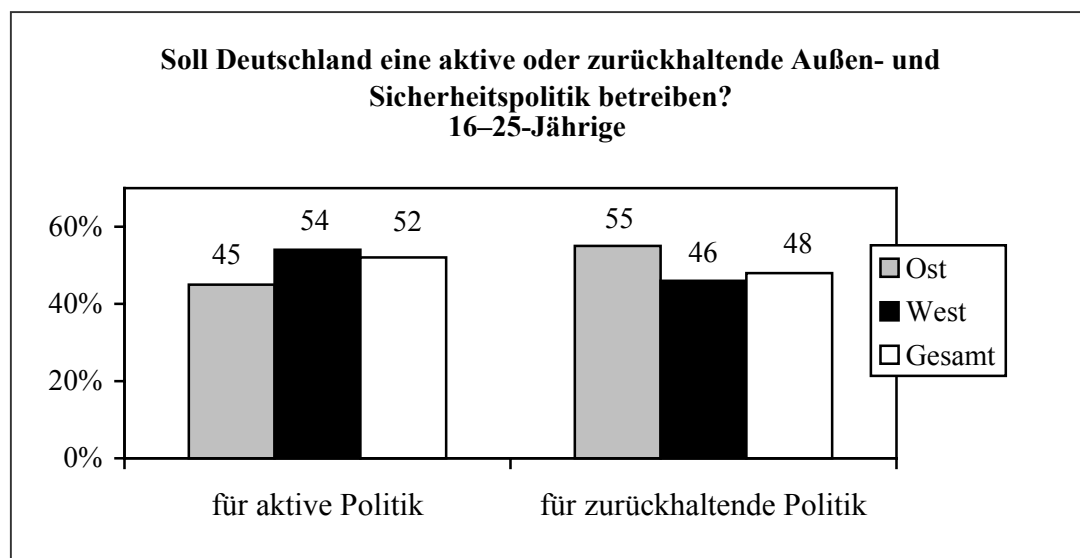
Für 1999: 306 Befragte insgesamt, davon 82 Ostdeutsche und 222 Westdeutsche.

Für 2000: 810 Befragte insgesamt, davon 201 Ostdeutsche und 609 Westdeutsche.

Die jungen Menschen aus beiden Teilen Deutschlands unterstützen mit Mehrheit die Balkan-Einsätze der Bundeswehr. Allerdings ist auch hier ein statistisch signifikanter Unterschied in der Unterstützung des Kosovo- und Bosnien-Engagements zu konstatieren. Dieser fällt nicht so deutlich aus wie in der gesamten Bevölkerung, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass der Rückhalt für die Missionen in der westdeutschen Jugend geringer ist als in der westdeutschen Bevölkerung insgesamt. Es besteht also auch in dieser Hinsicht eine bemerkenswerte Divergenz zwischen Ost- und Westdeutschen.

Im Folgenden ist zu prüfen, inwieweit diese Unterschiede nur punktueller Art sind oder inwieweit auch hier abweichende Auffassungen darüber bestehen, was primäres Ziel deutscher Politik sein sollte. Vor die Alternative einer international eher aktiveren oder eher zurückhaltenderen Politik gestellt, entscheiden sich die Jugendlichen aus Ost und West unterschiedlich.

Grafik 14:



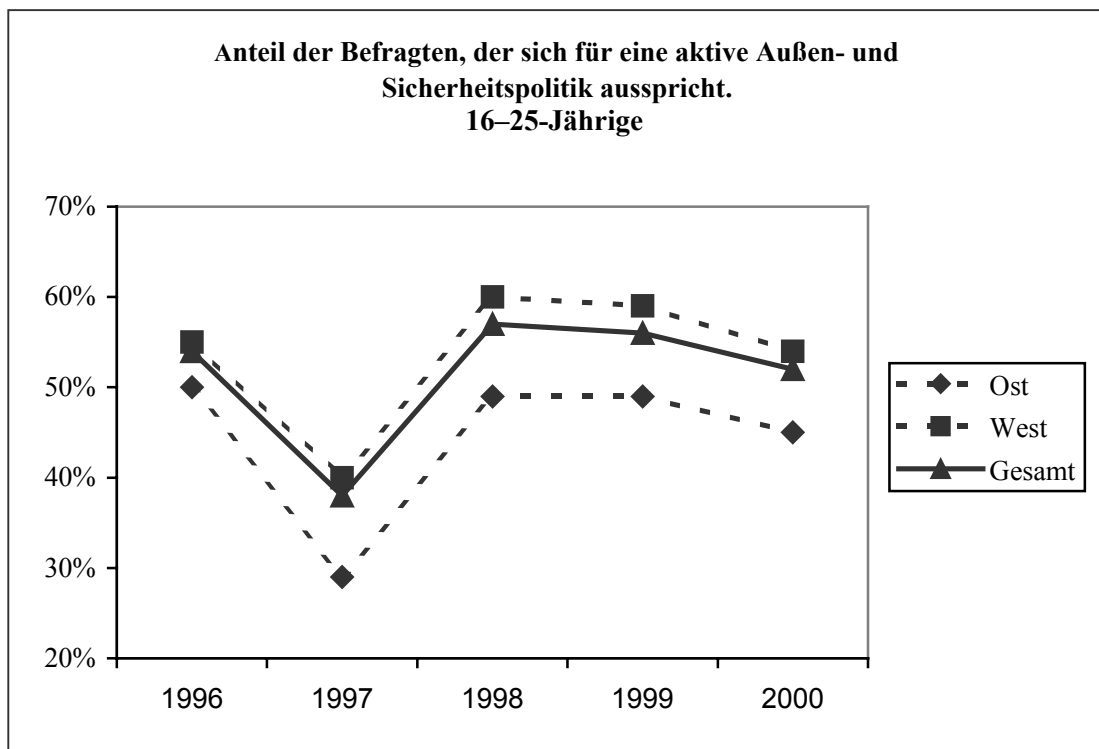
Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfrage 2000.

tau' b: .07*.

415 Befragte insgesamt, davon 89 Ostdeutsche und 326 Westdeutsche.

Die Westdeutschen plädieren mit knapper Mehrheit für ein aktives Agieren, die Ostdeutschen mit knapper Mehrheit dagegen. Allerdings ist bei ihnen genauso wie bei den Älteren zu konstatieren, dass diese Präferenzen im zeitlichen Verlauf nicht gänzlich stabil sind.

Grafik 15:



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfragen 1996 bis 2000.

tau'b (1996) = .05; tau'b (1997) = .10; tau'b (1998) = .09*; tau'b (1999) = .09; tau'b (2000) = .07*.

Anzahl nur für Befürworter aktiver Politik.

Für 1996: 143 Befragte insgesamt, davon 30 Ostdeutsche, 113 Westdeutsche.

Für 1997: 114 Befragte insgesamt, davon 19 Ostdeutsche, 95 Westdeutsche.

Für 1998: 304 Befragte insgesamt, davon 62 Ostdeutsche, 242 Westdeutsche.

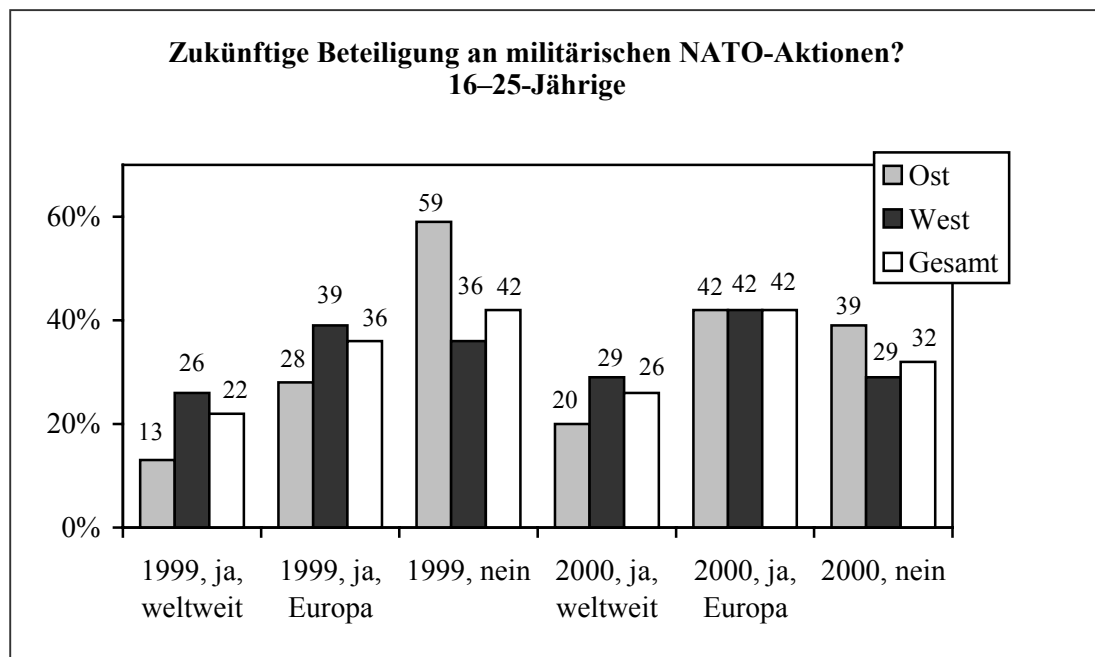
Für 1999: 174 Befragte insgesamt, davon 41 Ostdeutsche, 133 Westdeutsche.

Für 2000: 415 Befragte insgesamt, davon 89 Ostdeutsche, 326 Westdeutsche.

Allerdings kann mit der Ausnahme des Jahres 1997⁹ konstatiert werden, dass die westdeutschen Jugendlichen sich durchweg stärker als ihre ostdeutschen Altersgenossen und mit Mehrheit für eine aktive Außenpolitik aussprechen. Dabei liegt die Zustimmung zu einer solchen Politik auch bei der Jugend in den neuen Ländern über der dortigen Gesamtbevölkerung. Offenbar können sich junge Menschen generell eher mit einer Politik identifizieren, die sich zu internationaler Verantwortung und internationalen Engagements bekennt. Eine solche Interpretation wird auch von der nachstehenden Grafik gestützt.

⁹ Es muss beachtet werden, dass der Stichprobenumfang für 1996, 1997 und 1999 geringer ist als für 1998 und 2000.

Grafik 16:



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfragen 1999 und 2000.

tau' b (1999): .20**; tau' b (2000): .10**.

Für 1999: 304 Befragte insgesamt, davon 82 Ostdeutsche und 222 Westdeutsche.

Für 2000: 808 Befragte insgesamt, davon 200 Ostdeutsche und 608 Westdeutsche.

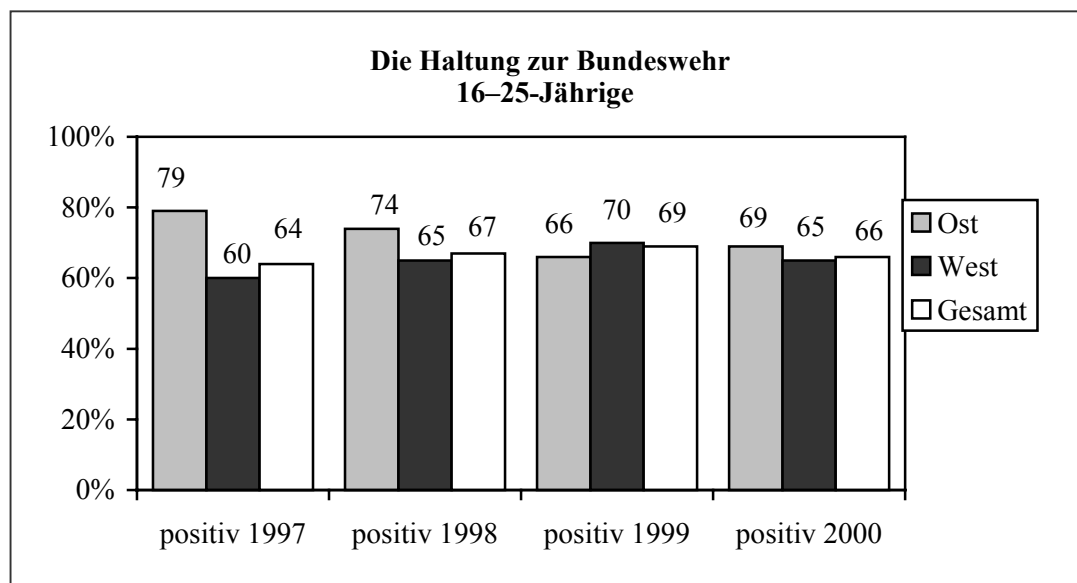
Die westdeutsche Jugend begrüßt in den beiden – hier betrachteten – Jahren eine Teilnahme an Militäraktionen der NATO im europäischen Raum. Dabei steigt die Zustimmung zu einer solchen Aktion von 1999 zu 2000 merklich. Bei der ostdeutschen Jugend ist sogar ein – zumindest kurzfristiger – Einstellungswandel bemerkbar. 1999 – in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Kosovo-Konflikt – lehnt der Großteil der jungen Menschen in den neuen Ländern jegliches militärische Engagement ab. Dies hat sich im darauffolgenden Jahr geändert. Mittlerweile kann sich eine knappe Mehrheit der ostdeutschen Jugend eine Unterstützung militärischer Bundeswehr-Aktionen im europäischen Rahmen durchaus vorstellen. Es kann allerdings aus dem kurzen Zeitraum, der hier betrachtet wird, nicht auf eine weiterhin kongruente und stabile Entwicklung geschlossen werden.

Festzuhalten bleiben vorhandene Einstellungsunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen in sicherheitspolitischen Fragen. Die Divergenzen sind einerseits nicht so markant wie in der Gesamtbevölkerung, andererseits aber zu deutlich, als dass davon auszugehen ist, dass sich die sicherheitspolitischen Einstellungsunter-

schiede zwischen Ost und West aufgrund des Generationenwechsels von selbst erlebten könnten.

Diese Einschätzung hat auch mit Blick auf die Einstellungen zu den zentralen Organisationen deutscher Sicherheitspolitik Bestand.

Grafik 17:



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfragen 1997 bis 2000.

τ 'b (1997) = $-.10^*$; τ 'b (1998) = $-.08^*$; τ 'b (1999) = n.s.; τ 'b (2000) = n.s.

Zusammengefasste Kategorien: für 1997 (Sechser-Skala): „sehr positiv“, „positiv“ und „eher positiv“; für 1997 bis 2000 (Vierer-Skala): „positiv“ und „eher positiv“.

Für 1997: 306 Befragte insgesamt, davon 67 Ostdeutsche, 239 Westdeutsche.

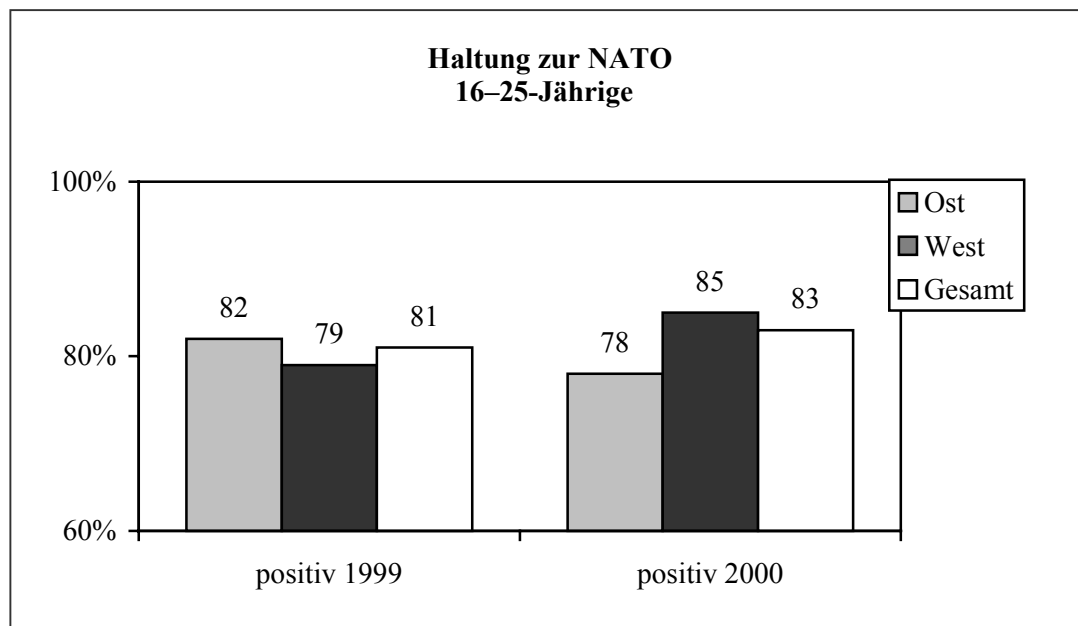
Für 1998: 534 Befragte insgesamt, davon 127 Ostdeutsche, 407 Westdeutsche.

Für 1999: 308 Befragte insgesamt, davon 84 Ostdeutsche, 224 Westdeutsche.

Für 2000: 805 Befragte insgesamt, davon 198 Ostdeutsche, 607 Westdeutsche.

Zusammengefasste Kategorien: „sehr positiv“; „positiv“ und „eher positiv“.

Grafik 18:



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfragen 1999 und 2000.

τ^2_b (1999) = .16**; τ^2_b (2000) = .10**.

Für 1999: 304 Befragte insgesamt, davon 83 Ostdeutsche, 221 Westdeutsche.

Für 2000: 810 Befragte insgesamt, davon 201 Ostdeutsche, 609 Westdeutsche.

Die Einstellung zur Bundeswehr, die von den ostdeutschen Jugendlichen 1997 und 1998 positiver gesehen wurde als von ihren westdeutschen Altersgenossen, hat sich mittlerweile angeglichen. Die NATO wird hingegen von den ostdeutschen Jugendlichen – allerdings auf insgesamt hohem Niveau – weniger positiv gesehen als von den westdeutschen.

Alle diese Befunde stärken die Einschätzung, dass die Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen sich auch in der jungen Generation manifestieren. Die Haltungen der Jugend korrespondieren in hohem Maße mit denen ihres sozialen Umfelds. Die oben eingeforderte Überzeugungsarbeit der politischen und militärischen Führung müsste sich folglich auf alle Altersschichten erstrecken, sie sollte allerdings einen Schwerpunkt auf die nachwachsenden Generationen legen, alleine schon deshalb, weil hier das Rekrutierungspotenzial der Streitkräfte zu finden ist.

8 Schluss

Ziel dieser Studie war es, auf einen blinden Fleck der politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung hinzuweisen: Die Differenzen im sicherheitspolitischen Meinungsbild zwischen Ost- und Westdeutschen. Man muss sich in diesem Zusammenhang nochmals bewusst machen, dass die Bundeswehr und die NATO im Allgemeinen als *die* Feindbilder der DDR fungierten. Von daher ist es alleine schon bemerkenswert, dass beiden Organisationen in den neuen Ländern heute von einer deutlichen Mehrheit Vertrauen entgegengebracht wird. Allerdings – und dies zeigte sich an den Reaktionen auf den Kosovo-Konflikt – wurde dabei offenkundig versäumt, auf den Bündnischarakter der Bundeswehr und die damit einhergehenden Verpflichtungen hinzuweisen. Die Bundeswehr ist Zeit ihres Bestehens eine Bündnisarmee gewesen und sie führt alle ihre Einsätze gemeinsam mit Verbündeten durch. Die Konsequenz dieser Logik – etwa die Teilnahme an der Bombardierung der Bundesrepublik Jugoslawien oder die Teilnahme deutscher Truppen an SFOR und KFOR – ist in Zukunft wohl noch stärker zu vermitteln, will man sich gesellschaftlichen Rückhalt in Ost- wie in Westdeutschland verschaffen.

Als wie beständig sich die Unterschiede im gesellschaftlichen Rückhalt auch in Zukunft erweisen werden, darüber kann an dieser Stelle nur spekuliert werden. Eines ist dabei allerdings klar: Wenn man sich der Unterschiede und ihrer Ursachen nicht annimmt, dann wird es kaum gelingen, sie zu überwinden. In diesem Sinne versteht sich die vorliegende Arbeit eben nicht als Beitrag, der alte Gräben aufreißen will, sondern als Beitrag, der auf bestehende Differenzen hinweisen und seinen Teil zu deren Überwindung leisten will. Nur wer sich den anstehenden Schwierigkeiten stellt, kann sie bewältigen. Diese Lehrformel gilt nicht nur, aber sicherlich im besonderen Maße für den aufgezeigten Bereich.

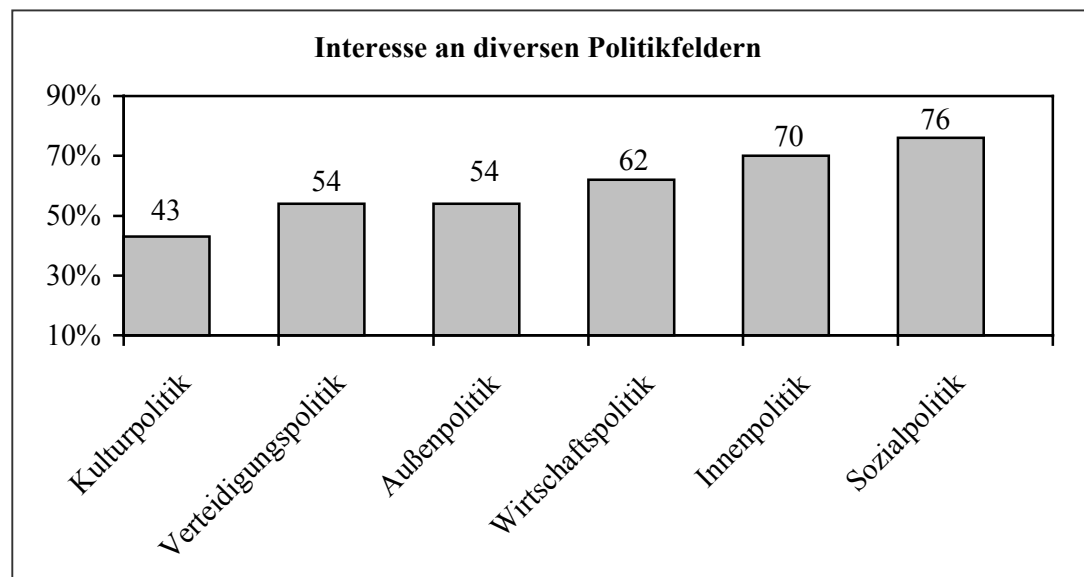
9 Literatur

- Ahbe, Thomas; Gibas, Monika (2001): Der Osten in der Berliner Republik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2, o.Jg., 15–22.
- Arzheimer, Kai; Klein, Markus (1998): Annäherung durch Wandel? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52, 33–43.
- Berg, Lilo (1999): Deutsche auf getrennten Wegen. Psychologen beobachten ein Auseinanderdriften von Ost- und Westdeutschen. In: Berliner Zeitung, Nr. 239, Wiss., 1.
- Biehl, Heiko (1998): Die neue Bundeswehr. Wege und Probleme der Anpassung der deutschen Streitkräfte an die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges, SOWI-Arbeitspapier Nr. 112, Strausberg.
- Biehl, Heiko; Kümmel, Gerhard (2000): Anforderungen an die deutsche Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. In: Klein, Paul; Walz, Dieter (Hrsg.): Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Baden-Baden, 11–49.
- Biehl, Heiko; Ripp, Christian (2000): Deutsch-deutsche Befindlichkeiten. Ein empirischer Essay. In: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Jahresschriften 2000, 45–77.
- Biehl, Heiko; vom Hagen, Ulrich; Mackewitsch, Reinhard (2000a): Motivation von Soldaten im Auslandseinsatz. In: Kümmel, Gerhard; Prüfert, Andreas (Hrsg.): Military Sociology. The Richness of a Discipline, Baden-Baden, 345–378.
- Biehl, Heiko; vom Hagen, Ulrich; Mackewitsch, Reinhard (2000b): The Bundeswehr Deployments in the KFOR mission. An Analysis of the Soldier's Situation. In: Adler, Amy; Castro, Carl (Hrsg.): The Future of Warfare. Sustaining Military Performance in an Environment of High Operations Tempo, Heidelberg (CD-Rom-Version).
- Bundesministerium der Verteidigung (1994): Weißbuch 1994. Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr, Bonn.
- Bundesministerium der Verteidigung (1999): Bestandsaufnahme. Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Bonn.
- Dobias, Tibor; Heidmann, Eberhard; Roschlau, Wolfgang; Schröter, Lothar (1989): Militärgeschichte der BRD. Abriß: 1949 bis zur Gegenwart, Berlin (DDR).
- Falter, Jürgen; Klein, Markus (1994): Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51–52, 22–34.

- Fuchs, Dieter (1998): *The Political Culture of Unified Germany*. Discussion Paper FS III 98–204. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraud; Weßels, Bernhard (1997): Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschlands. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 51, o.Jg., 3–12.
- Gothe, Heiko; Kux, Ulla; Neugebauer, Gero; Niedermayer, Oskar; Pollach, Günter; Stöss, Richard; Wischermann, Jörg (1996): *Organisation, Politik und Vernetzung der Parteien auf Kreisebene in den fünf neuen Bundesländern*. Endbericht des KSPW-Projekts „Kreisparteien“, Berlin.
- Grässlin, Jürgen (1997): *Lizenz zum Töten? Wie die Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe gemacht wird*, München.
- Heikenroth, André (2000): *Wer will zur Bundeswehr? Eine Potenzialanalyse. Ergebnisse der allgemeinen Bevölkerungsumfrage 1998 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI), SOWI-Arbeitspapier Nr. 123*, Strausberg.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (1997): *Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Was treibt die Gesellschaft auseinander? Was hält die Gesellschaft zusammen?* 2 Bände, Frankfurt a. M.
- Hessel, Aike; Geyer, Michael; Würz, Julia; Brähler, Elmar (1997): *Psychische Befindlichkeiten in Ost- und Westdeutschland im siebten Jahr nach der Wende. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 13, o.Jg., 15–24.
- Holtmann, Everhard (2000): *Das Demokratieverständnis in seinen unterschiedlichen Dimensionen. Eine vergleichende Betrachtung ostdeutscher und westdeutscher Einstellungen*. In: *Gegenwartskunde*, B 1, 49. Jg., 61–70.
- Jagodzinski, Wolfgang; Kühnel, Steffen M. (1997): *Werte, Ideologien und Wahlverhalten*. In: Gabriel, Oscar W.: *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen, 449–471.
- Jesse, Eckhard (1994): *War die DDR totalitär?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 40, o.Jg., 12–23.
- Juhász, Zoltán (1996): *Sicherheitspolitischer Konsens? Eine Längsschnittanalyse einschlägiger Einstellungen bei Sympathisanten verschiedener Parteien*. In: Rattinger, Hans; Gabriel, Oscar W.; Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*, Berlin – Frankfurt a.M., 427–452.
- Juhász, Zoltán (2000): *Ost-West-Unterschiede. Bald ein Thema für die Vergangenheit?* In: van Deth, Jan; Rattinger, Hans; Roller, Edeltraud (Hrsg.): *Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit*, Opladen, 333–358.

- Klein, Paul (1999): Bundeswehr im Meinungsbild alte und neue Bundesländer, Manuskript, präsentiert: NDR 4, Streitkräfte und Strategien, o.O.
- Korte, Karl-Rudolf (2001): Was kennzeichnet modernes Regieren? Regierungshandeln von Staats- und Regierungschefs im Vergleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 5, o.Jg., 3–13.
- Loquai, Heinz (2000): *Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von Ende 1997 bis März 1999*, Baden-Baden.
- Meyer, Gerd (1989): Der versorgte Mensch. Sozialistischer Paternalismus: bürokratische Bevormundung und soziale Sicherheit. In: Wehling, Hans-Georg (Red.): *Politische Kultur in der DDR*, Stuttgart, 29–53.
- Mohr, Josef (1995): *Demoskopisches Meinungsbild in Deutschland zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik*, Schriftenreihe der AIK, Bd. 16, Strausberg.
- Moskos, Charles (1992): *Armed Forces in a Warless Society*. In: Kuhlmann, Jürgen; Dandeker, Christopher (Hrsg.): *Armed Forces After the Cold War*, SOWI-Forum, Bd. 13, München, 1–10.
- Naumann, Klaus (2000): *Kosovo. Modell für die Zukunft?* In: Reiter, Erich (Hrsg.): *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2000*, Hamburg, 657–678.
- Neugebauer, Gero; Stöss, Richard (1996): *Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten*, Opladen.
- Philippi, Nina (1997): *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschlands*, Frankfurt a.M.
- Pickel, Gert (1998): Eine ostdeutsche „Sonder“-mentalität acht Jahre nach der Vereinigung? Fazit einer Diskussion um Sozialisation und Situation. In: Pickel, Gert; Pickel, Susanne; Walz, Dieter (Hrsg.): *Politische Einheit – kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998*, Frankfurt a.M., 157–177.
- Pollack, Detlef; Pickel, Gert (1998): Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellungen der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 41–42/98, 9–23.
- Pollack, Detlef; Pickel, Gert (2000): Besonderheiten der politischen Kultur in Ostdeutschland als Erklärungsfaktoren der Bundestagswahl 1998 und die Rückwirkungen der Bundestagswahlen auf die politische Kultur Ostdeutschlands. In: van Deth, Jan; Rattinger, Hans; Roller, Edeltraud (Hrsg.): *Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit*, Opladen, 117–142.
- Reinhardt, Jürgen (1999): Der Maßstab bleibt das Gefecht. Traditionen und Wandel soldatischer Aufgaben. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 245, 14.

- Roller, Edeltraud (1994): Ideological Basis of Market Economy. Attitudes Towards Distribution Principles and the Role of Government in Western and Eastern Germany. In: *European Sociological Review*, B 2, 10. Jg., 105–117.
- Scheuch, Erwin K.; Scheuch, Ute (1992a): *Wie deutsch sind die Deutschen? Eine Nation wandelt ihr Gesicht*, 2. Aufl., Bergisch Gladbach.
- Schimank, Uwe (1996): *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung*, Opladen.
- Spangenberg, Stefan (1998): *Bundeswehr und öffentliche Meinung. Betrachtungen zum aktuellen Verhältnis zwischen Gesellschaft und Streitkräften*, SOWI-Arbeitspapier Nr. 114, Strausberg.
- Spillmann, Ilse (1995): Fünf Jahre danach. Wieviel Einheit brauchen wir? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 38, o.Jg., 3–8.
- Teufel, Erwin (Hrsg.) (1996): *Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?*, Frankfurt a.M.
- Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (2000): *Die Zukunft der NATO. Transatlantische Sicherheit im Wandel*, 2. Aufl., Opladen.
- Veen, Hans-Joachim (1997): Innere Einheit, aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40/41, o.Jg., 19–28.
- Weller, Christoph (2000): *Die öffentliche Meinung in der Außenpolitik. Eine konstruktivistische Perspektive*, Wiesbaden.
- Zelle, Carsten (1998): Soziale und liberale Wertorientierungen: Versuch einer situativen Erklärung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 41–42/98, 24–36.

Anlage

Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfrage 1997.

Zusammengefasste Kategorien: „*interessiert mich sehr*“ und „*interessiert mich*“.

Anzahl positiver Antworten: Kulturpolitik = 1.108, Sicherheits- und Verteidigungspolitik = 1.374, Außenpolitik = 1.398, Wirtschaftspolitik = 1.597, Innenpolitik = 1.798, Arbeits- und Sozialpolitik = 1.957.

Autor**Biehl, Heiko, M.A. (geb. 1971)**

1993–1997 Studium der Politikwissenschaft, der Neueren Geschichte und der Informationswissenschaft an der Universität des Saarlandes, der Freien Universität Berlin und der Universität Potsdam. 1998–1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Projekt „Parteimitglieder im Vergleich. Partizipation und Repräsentation“ am Lehrstuhl „Innenpolitik/Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland“ bei Herrn Prof. Dr. Wilhelm Bürklin. Seit 1999 wissenschaftlicher Angestellter am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in Strausberg.

Forschungsschwerpunkte:

Politische Partizipation in den alten und neuen Ländern
Auslandseinsätze der Bundeswehr
Minderheiten in den Streitkräften
Die Integration von Frauen in die Bundeswehr

Jüngste Publikationen:

- 2000: Die Parteien der Berliner Republik, in: SOWI-Jahresschriften: 10 Jahre vereintes Deutschland. 10 Jahre Armee der Einheit, Strausberg, 161–195.
2001: (mit vom Hagen, Ulrich & Mackewitsch, Reinhard): Motivation von Soldaten im Auslandseinsatz II. SOWI-Arbeitspapier Nr. 127, Strausberg.
2001: (mit Gerhard Kümmel): Warum nicht? Die Haltung männlicher Soldaten zur Aufnahme von Frauen in die Bundeswehr, SOWI-Berichte Bd. 71, Strausberg.